Dienstag, 13. Mai 1924. **Einzelnummer 250 000 Mark.** 63. Jahrgang. **Nr. 109.**

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. M.: bei der Geschäftsst. 6500000 bei den Ausgabest. 6800000 durch Zeitungsbot. 7000000 durch die Post . . 6500000 ausschl. Postgebühren ins Ausland 11 000 000 p. M. in deutscher Währg. nach Kurs.

Fernsprecher 6105. 6275. Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 100 000 M. Reklameteil 250 000 M. Sonderplatz 50 % mehr.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die politische Woche.

Ergebnis der deutschen Wahlen. — Regierungsbildung und Deutschnationale Partei. — Vorbehalte und Garantien. — Die Räumung des besetzten Gebietes. — Pilgerfahrten nach Italien. — Hoffnung und Warnung.

Das Ergebnis der deutschen Wahlen hat in der Parteikonstellation nicht die entscheidende Wendung gebracht, wie sie im Ausland, insbesonders von französischer Seite, aus Propagandagründen prophezeit wurde. Aber in der Entwickelung, in der das deutsche Volk seit dem Zusammenbruch von 1918 steht, bedeutet auch die Wahl von 1924 einen nicht unbedeutenden Abschnitt. Wieder trat bei den Flügelparteien Rechts und Links eine bemerkenswerte Stärkung ein. Vor allem offenbart der Zuwachs der Kommunisten — von 16 Abgeordneten im alten Reichstag auf 61 im neuen — die weitere Zersetzung, die sich innerhalb der sozialistischen Parteien vollzieht und sich zunächst in fortschreitender Radikalisierung der Arbeiterschaft äußert. Aber wenn nach dieser Seite hin die bisher gewohnheitsmäßig stärkste Partei, die Sozialdemokratie, welche nunmehr fast auf die Hälfte ihres Abgeordnetenbestandes zusammenschmolz, stärkste Einbuße erlitt, so zeigt sich ebenso die Verschiebung auf Kosten der Sozialdemokratie und der Mittelparteien auch nach der rechten Seite hin. Die nationale Opposition, die sich in der Deutschnationalen Volkspartei und weiter bei den Deutschvölkischen zusammenschloß und die in den Tagen der großen und kleinen Koalition von den jeweiligen Regierungen der Mitte mehr oder weniger lässig beiseite geschoben wurde, ohne daß man sich hier die politischen Notwendigkeiten einer Opposition klar machte oder eine solche im außenpolitischen Kampf einzusetzen wagte, ist nunmehr mit den 99 deutschnationalen und 32 deutschvölkischen Abgeordneten ein parlamentarischer Faktor geworden, der nicht mehr zu umgehen ist. Das System der Mitte hat als Ausdruck überwältigender Mehrheit ausgespielt, und wenn auch die Deutschvölkischen als ausgesprochene Oppositionspartei für die Regierungsbildung nicht in Frage kommen, ohne die Deutschnationale Partei wird diese gegenwärtig nicht möglich sein. Damit aber wären die Sozialdemokraten, die bisher immer mit oder ohne Teilnahme an der Regierung, wesentlichen und oft verhängnisvollen Einfluß besaßen, ausgeschaltet.

Wie wird sich der neue Reichstag, die neue Regierung, außenpolitisch verhalten? Zögernd nur verzeichneten die französischen Blätter das Ergebnis der deutschen Wahlen, von dem sie sich bisher kein rechtes Bild machen konnten; sie wußten nicht recht, ob sie sich freuen oder trauern sollen. Doch die „Action française" erzählt von dem infolge der deutschen Wahlen in 18 Monaten zu erwartenden deutsch-französischen Kriege mit dem Hinweis auf jene große Zeit, da Stein und Hardenberg in Preußen-Deutschland lebten. Zwar gesteht auch die „Action française", daß diese Männer im heutigen Deutschland fehlten; aber, ganz unabhängig von diesen französischen Phantastereien, mag der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die neue Regierungskonstellation in Deutschland eine außenpolitische Haltung bedingt, die der Würde und den Interessen des deutschen Volkes in gleicher Weise Rechnung trägt. Und wenn auch, wie sich aus dem Programm des deutschnationalen Führers Hergt schließen läßt, die Frage Ablehnung oder Annahme des Sachverständigengutachtens schlechthin nicht zur Debatte steht — eine Frage, die leider in den vergangenen Wahlkämpfen allzu einseitig und unpolitisch beantwortet wurde —, Deutschland kann die Annahme nur dann in Erwägung ziehen, wenn dem deutschen Volke Vorbehalte und Garantien dafür gegeben werden, daß die Zeit der politischen Vergewaltigung vorbei ist und die Laune Poincarés und seiner Generale nicht mehr das Schicksal Europas regiert. Mit einem Wort: wenn mit den wirtschaftlichen zugleich die politischen Probleme von Rhein und Ruhr gelöst sind. Wenn zum Beispiel General Degoutte, wie es verlautet, in Brüssel einen Plan vorgelegt hat, nach dem „gewisse Linien" der Ruhreisenbahnen französischen Eisenbahnbeamten unterstellt bleiben sollen, um die französischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet zu sichern, so ist das eine wie das andere völlig indiskutabel. Denn zu jenen Vorbehalten und Garantien gehört in erster Linie die Rückgabe aller Eisenbahnen und die völlige wirtschaftliche und militärische Räumung des Ruhrgebiets. Und da nach dem Versailler Vertrag am 1. Januar des Jahres 1925 die erste Zone des besetzten Gebietes zu räumen ist, so werden auch über diesen Punkt, zumal nach französischer Auffassung die Räumungsfristen noch gar nicht begonnen haben — von alliierter Seite unzweideutige Aufklärung und Garantien gegeben werden müssen.

Der Frühlingsmonat Mai sieht viel interessante Zusammenkünfte der europäischen Staatsmänner vor. Schon rüstet der vielgewandte Außenminister der Tschechoslowakei Dr. Benesch zur Reise nach Rom. Will er damit zum Ausdruck bringen, daß sein Staat keine französische, sondern eigene Politik zu machen gedenkt? Nach dem Besuch der Belgier wollen auch Poincaré und Mac Donald sich in wichtigen Geschäften in Mailand zusammenfinden. Romfahrt überall! Aber wenn der „Manchester Guardian" den Ausfall der deutschen Wahlen eine „Hoffnung und eine Warnung" genannt hat, so kann vielleicht erwartet werden, daß bei diesen Pilgerfahrten der deutsche Wille in obigem Sinne beachtet und gewertet wird, weil es im Interesse Europas liegt.

Das Konitzer Urteil vor dem höchsten Gericht.

Die Verhandlung in Warschau. — Anträge des Staatsanwalts. — Das höchste Gericht in Warschau urteilt anders als Thorn. — Herr Brejski.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Von der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat geht der Presse folgende Mitteilung zu:

Am 9. Mai, 10 Uhr vormittags, begann vor der V. Kammer des Obersten Gerichts in Warschau unter Vorsitz des Herrn stellv. Senatspräsidenten Leżański die Revisionsverhandlung in dem Konitzer Deutschtumsbundprozeß Scherff und Genossen. Nach Verlesung des Urteils des Bezirksgerichts in Konitz sowie der Revisionsbegründung der Rechtsanwälte Behnke und Bricken sowie des Staatsanwalts in Konitz nahm zunächst als Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Chmurski aus Warschau das Wort. In einstündiger Rede wies er die Unhaltbarkeit des Konitzer Urteils nach und beantragte Aufhebung desselben. Im Anschluß hieran ergriff als zweiter Verteidiger der Rechtsanwalt Abgeordneter Liebermann das Wort und stellte aus den Akten fest, daß das Urteil jeglicher Grundlage entbehre, und daß es vor allen Dingen von der falschen Voraussetzung ausginge, daß die Minderheiten nicht die in der Verfassung und Minderheitenschutzvertrag gewährleistete Gleichberechtigung als Staatsbürger genießen brauchten. Auch er beantragte Aufhebung des Urteils. — Nachdem hierauf der Staatsanwalt den vergeblichen Versuch gemacht hatte, wenigstens Teile des Konitzer Urteils zu rechtfertigen, wurden seine Ausführungen nochmals durch beide Rechtsanwälte eingehend widerlegt. Gegen 3½ Uhr nachmittags verkündete nach kurzer Beratung das Gericht die Aufhebung des Konitzer Urteils und Überweisung an das Thorner Bezirksgericht zur erneuten Verhandlung, für die gleichzeitig in der Urteilsbegründung die Richtlinien festgelegt wurden. Die vom Staatsanwalt eingelegte Revision wurde hierauf zurückgezogen, so daß, soweit in der ersten Instanz ein Freispruch erfolgt ist, die Angelegenheit für diese Beteiligten erledigt ist.

Hierzu schreibt unser Sonderberichterstatter aus Warschau:

Die Revision des Konitzer Urteils.

Warschau, 9. Mai. Selten mag es einen Prozeß in Polen gegeben haben, der so sehr die Beachtung aller Deutschen Polens hervorruft, wie der jetzt in der V. Kammer des höchsten Gerichtes in Warschau behandelte Prozeß um die beantragte Nichtigkeitserklärung des Konitzer Urteils. Das Urteil ist vor mehr als einem halben Jahre gefällt worden, und seit dieser Zeit sitzt der Hauptangeklagte Scherff, der damals zu der unbegreiflichen Strafe von 4½ Jahren Zuchthaus wegen Hochverrats verurteilt worden war, hinter Schloß und Riegel. Der Kampf der Behörden galt dem Deutschtumsbund. Die Angeklagten waren seine Mitglieder, zum Teil Mitglieder des Vorstandes. Zu ihnen gehörten noch Rode, der 1½, W. Schulz, der 2, Graebe der 1½, Frau Beyer, die 6 Monate, und die Pfarrer Ratter und Wodege, die je 14 Tage Gefängnis erhielten. Das unbegreifliche Urteil und **die Art der Rechtsprechung im Konitzer Prozeß haben damals zum Schaden Polens im Ausland das peinlichste Aufsehen erregt.** Der Deutschtumsbund hatte sich gerade zuvor mit seiner Eingabe wegen der zahllosen Ausweisungen, Liquidierungen und anderer Leiden, die die Deutschen in Polen zu erdulden hatten, an den Völkerbundrat gewandt, und — was für die polnischen Veranstalter aller dieser Quälereien das Schlimmste war — Völkerbund wie Haager Schiedsgericht hatten den Deutschen im Kampfe um ihr zweifelloses Recht auch Recht widerfahren lassen. Der Groll in Polen, wo man gerne Täter und Richter in der gleichen Sache gewesen wäre, kannte keine Grenze mehr. Der Deutschtumsbund wurde unter Vorwänden, für die auch heute noch das geringste Beweismaterial fehlt, aufgelöst, und eine Reihe seiner Mitglieder vor das Gericht gestellt. Auch hier war das Beweismaterial erschreckend dünn und nichtig. Die Anklage gegen Scherff wußte nichts anderes vorzubringen, als daß ein früher in Konitz lebender Journalist Winkler ihm einen Brief mit der Bitte geschrieben hatte, ihm doch mitzuteilen, was dort alles vorginge. Scherff hat den Brief **nicht beantwortet.** Dann hat ein Regierungsrat Offenburg aus Dortmund, der sich amtlich mit der Fürsorge der aus Polen geflüchteten Deutschen zu befassen hatte, bei Scherff angefragt, ob die Flucht eines Gastwirtes notwendig gewesen sei. Scherff hat dies verneint, und überhaupt in seiner Antwort die Verhältnisse in einer Weise geschildert, die jeder Unbefangene **als vorteilhaft für Polen angesehen hätte.** Das Gericht fand in dieser Antwort — „Hochverrat"! Im übrigen lag nichts Belastendes gegen Scherff vor, als ein Brief des Thorner Wojewoden! Man begreift daher das Entsetzen der Welt über dieses Urteil.

Den Vorsitz in der Revisionssache führte der Richter Leżański. Im Zuschauerraum saßen während der Verhandlungen, die von morgens 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr dauerten, die deutschen Sejmabgeordneten Graebe und Daczko. Nur hie und da verirrte sich noch ein Richter in den stillen Raum für das fehlende Publikum. Nach langwieriger Verlesung des Konitzer Urteils begann der Verteidiger Chmurski seine Rede. Sie war klar, scharf und logisch. Auf ganz falscher Basis beruhe dieser Prozeß. Man hätte den Deutschtumsbund laden sollen, nicht einzelne Mitglieder. Aber für eine Anklage fehle ja jeder Beweis. Zudem hat in der ersten Instanz das Gericht sämtliche Anträge der Verteidigung abgelehnt. Und ferner wurde vom Gericht der Vertagungsantrag, um die Zeugenvernehmung möglich zu machen, ebenfalls zurückgewiesen. Als „Beweis" sah man einen Brief des Wojewoden an. Aber das Material eines solchen Briefes hätte selber noch durch Zeugen erwiesen werden müssen. Und auch die beiden Briefe, die der Angeklagte erhielt, sind kein Beweismaterial. Man hätte die Urheber der Briefe vernehmen müssen, wenn man Beweise hätte erringen wollen. Alle Aussagen und Erklärungen der 13 Angeklagten wurden bei der Verhandlung in Konitz überhaupt nicht berücksichtigt. Und dann der Deutschtumsbund, dem man vorwerfe, ein Staat im Staate zu sein, ohne den geringsten Beweis dafür zu haben. Er sei gefährlich und ungesetzlich, behauptet man, ohne zu beweisen, worin diese Gefährlichkeit und Ungesetzlichkeit bestehe. Gegen den Deutschen Schulverein erhebt man den Vorwurf, er habe mit deutschen Behörden gearbeitet. Aber wenn dies wirklich der Fall gewesen ist, welches Gesetz verbietet dann das? Der Deutschtumsbund soll die deutschen Ansiedler zum Widerstand aufgefordert haben, nämlich er soll ihnen gesagt haben, so lange auf ihrem Eigentum zu verbleiben, bis man sie gewaltsam vertreibe. Aber hat denn nicht ein deutscher Führer die Pflicht, seinen Stammesgenossen zu raten? Man tut besser, wenn man ein wachsames Auge auf die Verwaltungsbeamten hat, damit sie ihre Befugnisse nicht überschreiten! Und wenn der Deutschtumsbund Material gesammelt hat, wegen erlittenen Unrechts, so war das sein Recht, **und der Völkerbund hat dieses Recht bestätigt. Auch in Deutschland haben sich die Polen ganz frei, auf Grund des ihnen zustehenden Rechtes, organisieren können.** Und dann die Briefe, die der Angeklagte erhielt. Ein Brief, auf den keine Antwort gegeben wird, ist doch kein Akt der Spionage. Nach Chmurski sprach als zweiter Verteidiger der sozialistische Abgeordnete Liebermann. Die Rechte der Bürger sind in der Verfassung festgestellt, und eine geordnete Verwaltung hat diese Rechte, die auch die nationalen Minderheiten schützen, **genau zu achten.** Für alle Bürger gilt gleiches Recht. Aber wie läßt sich dieses Konitzer Urteil (Liebermann schwenkt das Urteil leidenschaftlich in der Hand) mit Gesetz und Recht begründen? Nicht auf Zeugenvernehmung, **sondern auf Gerüchte ist dieses Urteil aufgebaut.**

Dann sprach der Staatsanwalt. Schwach und unbestimmt. Er hielt aufrecht, daß das Konitzer Urteil zu Recht erfolgt sei. Der Brief des Wojewoden und die beiden anderen erwähnten Briefe seien beweiskräftig.

Das Gericht urteilte anders. Es hob das Konitzer Urteil auf und verwies die Angelegenheit zur nochmaligen Behandlung an das Thorner Bezirksgericht. **Auch der Staatsanwalt hatte gegen das Urteil von Konitz Berufung eingelegt,** weil es ihm — **nicht scharf genug vorkam!** Er zog nun, angesichts der Stellungnahme des obersten Gerichts seinen Einspruch zurück, so daß die in Konitz verurteilten Personen nunmehr auch ihre Freiheit behalten. Es waren im ganzen fünf oder sechs Angeklagte. Die Verteidigung wird die sofortige Freilassung des nun schon seit mehr als einem halben Jahre gefangenen Scherff beantragen. Somit scheint endlich in diese trostlose Rechtsaffäre, die wahrlich den Ruhm Polens im Auslande nicht vergrößert hat, ein Lichtstrahl zu fallen.

Der Wojewode Brejski.

Endlich ist er gegangen, nachdem schon seit einem Jahre immer wieder von seinem Rücktritt die Rede war. Er ist nicht freiwillig gegangen, denn mehr als einmal ist ihm nahegelegt worden, seine Demission einzureichen, so berichten die Zeitungen, aber Herr Brejski, na, sagen wir einmal: „hing" zu sehr an seinem Amte, um auf diese zarten Anregungen einzugehen. Und was die Provinzialblätter ihm sonst noch an Nachrufen widmen, klingt nicht sehr schmeichelhaft. Es wird nicht viel Leute geben, die seinen Abgang bedauern, so schreibt ein polnisches Blatt. Und das eine wie das andere der polnischen Blätter, die Herrn Brejski den Nekrolog, die Totenklage schreiben, rühmen seine Fähigkeit zu — prozessieren!

Auch wir Deutsche haben dieses Talent des Herrn Brejski zur Genüge kennen gelernt. Es war einmal eine Dame, die aus Polen ausgewiesen werden sollte, dann vom Minister einen dreimatigen Aufschub erhielt, vom diensteifrigen Wojewoden aber dennoch ausgewiesen wurde. Die Bromberger „Deutsche Rundschau", meinte damals, das sei eine „willkürliche" Handlung des Wojewoden. Herr Bromirski, der Richter, ein sehr liebenswürdiger Mann, der über eine große Praxis verfügt, die er sich an den russischen Gerichten in Nishni-Nowgorod erworben hatte, hat Herrn Brejski wiederholt Recht gegeben, und der Chefredakteur der „Rundschau" erhielt so etwas wie ein halbes Jahr Gefängnis, trotzdem bereits der verantwortliche Redakteur verurteilt worden war. So arg beleidigt war der so leicht verletzliche Wojewode. Gewiß, Brejski hat als Redakteur in Thorn auch einmal brummen müssen, trotzdem er einen verantwortlichen „Sitzredakteur" hatte. Aber dieser Strohmann des Herrn Brejski konnte beim besten Willen nicht für einen Redakteur gehalten werden. Aber Herr Brejski wollte Rache. Das Gericht hat sie ihm gewährt und hat dann später noch den bedenklichen Satz formuliert, daß Redakteure nicht unter das Amnestiegesetz fallen, **„weil sie des Erwerbes wegen schreiben"!** O, wenn Herr Brejski und der Richter Bromirski damals gewußt hätten, was sie in ihrer Weisheit angestellt hatten! Der Schaden, den Polen damals im Auslande erlitt, ist kaum zu ermessen, und die Artikel, die über den Prozeß in Auslandsblättern zu lesen waren, bildeten gerade kein angenehmes Albumblatt für Kläger und Gericht.

Wir haben Herrn Brejski selbst nur einmal gesprochen. Ein untersetzter Mann mit weißem Barte und einem Gesicht, das in seiner Einfachheit nicht gerade einen besonders hohen Schwung verrät. Er schien uns, im Gegensatz zu der sprichwörtlichen Liebenswürdigkeit, die sonst der Pole an den Tag legt, ungelenk und unnachsichtig. Nun endlich ist er gegangen. „Wir würden in Verlegenheit geraten, wenn man von uns verlangen sollte, die Regierung Brejskis nach ihren Aufgaben und ihrer Tätigkeit zu beschreiben," so sagt das „Słowo Pomorskie". Und es schreibt weiter: „Seine Tätigkeit beschränkte sich in der Hauptsache auf Personen und Parteien **und nicht auf die Aufgaben und Bedürfnisse Pommerellens."**

Sein Nachfolger im Amte, Dr. St. Wachowiak, hat in Berlin, Münster, Straßburg und München studiert. Er ist zudem erfahrener Wirtschaftsmann und dürfte wohl als Unterstaatssekretär für Vertragsverhandlungen einen bei weitem größeren Weitblick besitzen als sein Vorgänger, was auch für die Freie Stadt Danzig, als unmittelbaren Nachbar Pommerellens, nicht ohne Wichtigkeit ist. Er gehört der Nationalen Arbeiterpartei als ihr Vorsitzender an.

Gefahren, die zu bekämpfen sind.

Das polnische Heer und die Finanzsanierung.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Warschau, 9. Mai. Der Kriegsminister Sikorski hat dieser Tage eine in ihrer Bedeutung viel zu wenig beachtete Rede gehalten. Sie gipfelte, wie wir gleich vorausschicken wollen, in dem Satze, daß Polen nach wie vor an seiner absoluten Friedenspolitik festhalten wolle, und der Minister führte zum Beweise dieses Friedenswillens die Zurückhaltung an, die Polen gegenüber allen litauischen Herausforderungen bewahrt habe. Aber es wäre Wahnsinn, so schloß Herr Sikorski, wenn Polen nicht an seine Sicherung denke gegenüber der gefährlichen Lage, in der sich Polen befindet. Herr Sikorski hat Recht. Polen ist genötigt, sich durch ein starkes Heer zu sichern. Es ist ihm in den ersten Jahren seines Bestehens gelungen, eine Reihe von Landesteilen in seinen Staatskörper aufzunehmen, an deren Verteidigung es jederzeit denken muß. Es hat sich mit der Annexion von Wilna, dem Erwerb der Ostprovinzen territorial gestärkt, aber es hat sich hiermit zu gleicher Zeit große Lasten aufgeladen. Es hat sich Litauen zum dauernden Feinde gemacht, und es hat die Feindschaft, die ihm Rußland entgegenbringt, zu einer unauslöschlichen gemacht. Polen ist also genötigt, heute ein Heer zu unterhalten, dessen Kosten ungefähr 42 Prozent des gesamten Staatshaushalts ausmachen. Die Kosten für dieses Heer hängen wie ein bleiernes Gewicht an allen Bestrebungen, das Land finanziell gesund zu machen. Setzt es diese Kosten herab, so verliert es damit an Sicherheit gegenüber den drohenden Gefahren vom Osten her. Hält es aber das Heer auf der nötigen Höhe, dann beginnen die Finanzen zu zittern. Das ist der circulus vitiosus, der schlimme Kreislauf, in dem sich Polen fortdauernd dreht.

Man kann niemals sagen, ob Polen nun vor Rußland Ruhe habe oder nicht. Seit einigen Wochen gehört dem Fünfmännerkollegium, das die Heeresverwaltung in Rußland leitet, neben dem nüchternen und vernünftigeren Trotzki auch der asketisch-fanatische Warschauer Jude Unschlicht an, der Polen von Grund seiner Seele aus haßt und jeden Augenblick bereit ist, ihm den Krieg zu erklären. Krieg und Frieden mit Rußland hängen also lediglich davon ab, ob in Rußland die radikalere Richtung Unschlichts über die gemäßigtere Trotzkis den Sieg davontrage. Ein Zustand, der gewiß nichts vom Idyllischen an sich trägt. Wir begreifen also den polnischen Kriegsminister, wenn er über die Abstriche, die am polnischen Heereshaushalt gemacht worden sind, in Verzweiflung gerät. Diese Abstriche waren im Jahre 1923, als mit der Finanzsanierung der Anfang gemacht wurde, besonders bedeutend. Der Voranschlag sah, nach den Mitteilungen des Ministers, 632 Millionen Zloty vor, verausgabt durften jedoch nur 372 Millionen werden. Der frühere Kriegsminister Szeptycki hat für das Jahr 1924 die Summe von 684 Millionen Zloty veranschlagt, aber es wurden in das Budget nur 605 Millionen eingestellt. Im vergangenen Jahre hat das Heer wegen dieser Sparsamkeit fast keine Anschaffungen machen können. Es hat von der „Substanz" gelebt, d. h. es hat das eigene Material aufgezehrt. Es mangelt für die Mobilmachung an Vorräten, ja an Unterkunftsorten und an Kasernen. Und der Minister will allein für diese allernotwendigsten Bauten 69 Millionen und für Anschaffungen 140 Millionen haben! Wie sich diese Riesenausgaben mit der Finanzsanierung vereinen lassen, ist ein Rätsel.

Der Minister gibt als Beispiel für die Vernachlässigung des Heeres den fatalen Stand der Luftflotte an. Während Frankreich über 37 780 Piloten und 1562 Flugzeuge verfügt, besitzt Polen nur 100 Flugmaschinen und 500 Flugzeugführer. Geplant ist der Bau von weiteren 250 Flugzeugen. Der Minister macht dabei die von uns nicht nachkontrollierbare Angabe, daß Deutschland allein 42 private Flugzeugfabriken unterhalte und noch weitere 13 in der Nähe von Moskau. Außerdem existieren in Deutschland noch 15 Propellerfabriken.

Herr Sikorski macht sich mit Recht darüber Sorgen, daß Rußland in der Schnelligkeit, mit der es sich eine Luftflotte baut, heute schon Polen bei weitem überflügelt haben dürfte. Das bedeutet entschieden eine Gefahr. Aber woher soll Polen die Gelder nehmen?

Herrn Grabski ist das Werk der Finanzsanierung vorläufig geglückt, aber auch das nur, weil das Land die schwersten Opfer auf sich nahm. Wir wissen zum Beispiel von der oberschlesischen Industrie, daß sie nicht imstande war, die Vermögensabgabe aus eigenen Mitteln zu bezahlen, daß sie vielfach Kredite im Ausland aufnahm, und daß sogar zahlreiche Unternehmungen statt der Abgabe die 2 Prozent monatlichen Zinsen an den Staat entrichten, die der Finanzminister in ganz besonders verzweifelt liegenden Fällen zuläßt. Aber was wird dann im Herbste geschehen, wenn die zweite Rate der Vermögensabgabe fällig und die erste noch nicht bezahlt ist? In dieser Schwierigkeit, die Vermögensabgabe einzutreiben, liegt, wie wir übrigens oft genug dargelegt haben, **eine der größten Gefahren für die Finanzsanierung**, zumal, wie wir gesehen haben, auch das Heer sich wieder mit seinen Anforderungen an den Staatsschatz meldet. Die Vermögensabgabe hat nun zunächst einmal eine gesunde und eine ungesunde Krisis hervorgerufen. Die gesunde Krisis liegt darin, daß — auch das war vorauszusehen — alle die zahllosen Banken, die im Sumpfe der Geldentwertung und der Devisenspekulation so üppig aus dem Boden schießen konnten, nun, bei der Stabilisierung ins Verdorren geraten. Es beginnt in Warschau bitter unter den Banken dieser Art zu kriseln, worüber kein Vernünftiger zu trauern braucht; denn diese Banken haben mit ihrem System wacker zu der Verteuerung des gesamten Lebens beigetragen.

Eine Besserung des wirtschaftlichen Lebens zeigt sich aber dennoch nicht. Die Vermögensabgabe hat einen unglaublichen Geldmangel hervorgerufen. Jedermann warf Aktien auf den Markt, um sich Geld zu verschaffen. Die Folge ist ein rapides Sinken aller Aktienkurse, daß selbst solche Unternehmungen, deren Besitz an Wert bei weitem die nach den heutigen Kursen berechneten Aktien übertrifft, noch fortdauernd die weitere Senkung des Kurswertes ihrer Aktien, der bereits 50 Prozent überstiegen hat, hilflos mit ansehen müssen. Die Krise ist also eine allgemeine, und man begreift es rein psychologisch, daß nun auf einmal wieder, nach anfänglichem lautem Triumph pessimistische Urteile über die Finanzsanierung zu hören sind.

Jedenfalls wird der Zloty seine Widerstandskraft erweisen müssen, wenn es gilt, ihn an den ausländischen Börsen einzuführen. Es wird sich dann zeigen, ob die jetzige Krise vom Ausland als vorübergehend betrachtet wird, oder ob sie geeignet ist, an den Londoner, Pariser, Berliner usw. Börsen mißtrauisch zu stimmen. Namentlich die Industrie ist es, die augenblicklich schon infolge des Geldmangels in große Nöte geraten ist. (Wir nehmen hiervon die blühende Bielitzer Textilindustrie aus.) Es scheint, daß die Regierung alles aufbietet, um der Industrie Kredite zu verschaffen. Der Schwerpunkt der Not liegt aber — so vor allem in Oberschlesien — an den **viel zu hoch gewordenen Produktionskosten**, und so entwickeln sich auch ganz naturgemäß augenblicklich bittere Kämpfe anläßlich der Versuche der Industriellen in Oberschlesien, die im Vergleich zu Deutschland (wo übrigens eben auch ein Lohnkampf wütet) hohen Produktionskosten herabzudrücken, oder um die Kohlenpreise heraufzusetzen, worauf die Regierung aus begreiflichen Gründen nicht eingehen will.

Polen befindet sich also soeben in der kritischsten Zeit seines Genesungsprozesses. Wir glauben und hoffen, daß es ihn übersteht. Aber volle Sicherheit hierfür kann niemand übernehmen. Denn neben den Opfern für die Finanzsanierung muß das Volk die Riesenopfer für seine Sicherheit und sein Heer übernehmen.

Der warnende „Kurjer Poznański".

Gegen den Herrn Staatspräsidenten.

Die Begnadigung der beiden Attentäter Bagiński und Wieczorkiewicz durch den Herrn Staatspräsidenten hat bei der „öffentlichen Volksmeinung" in Großpolen, die bekanntlich der „Kurjer Poznański" für sich in Anspruch nimmt, ein merkwürdiges Aufsehen erregt. Wir lesen in einem Leitartikel des „Kurjer" folgende Warnung:

„Mit höchstem Erstaunen mußte die öffentliche Meinung des ganzen Landes die Nachricht von der Begnadigung der zum Tode verurteilten Verbrecher Bagiński und Wieczorkiewicz durch den Staatspräsidenten aufnehmen. Auf Grund der Verfassung steht dem Präsidenten das Recht zu, Strafen zu schenken oder zu mildern und die Folgen strafrechtlicher Verurteilung in den einzelnen Fällen zu erlassen (Artikel 47). Der Präsident konnte also von dem ihm zustehenden Rechte Gebrauch machen und das Todesurteil aufheben. Es besteht aber die Frage, ob der Präsident gerade in diesem Falle von diesem Rechte Gebrauch machen sollte. Im Artikel 51 der Verfassung ist der Präsident für die Amtsfunktionen weder parlamentarisch, noch persönlich verantwortlich. Es ist also klar, daß niemand vom Präsidenten verlangen kann, die Motive zu offenbaren, die ihn bewogen haben, einen solchen Schritt zu tun. Wenn wir aber, als Staatsbürger, auch nicht das formelle Recht haben, vom höchsten Vertreter der Vollzugsgewalt im Staate Rechtfertigung über jede Handlung zu verlangen, die in der Öffentlichkeit bittere Unzufriedenheit hervorrufen kann, so haben wir doch immer das moralische Recht, das uns solche Pflicht auferlegt. Und dasselbe moralische Recht legt dem Staatspräsidenten die Pflicht auf, **immer in geistiger Eintracht mit der Meinung des Volkes zu stehen, dessen erster Bürger und zugleich auch erster Diener er ist. Denn die Republik ist nicht für diejenigen da, die in ihr die höchsten Ämter und Würden bekleiden, sondern diejenigen, die in ihr wichtige und verantwortliche Funktionen ausüben, sind für die Republik da.** Wir haben in dem Präsidenten seine großen Eigenschaften des Gemütes und des Charakters geschätzt und wollen sie schätzen. Wir betonen sogar mit Nachdruck, daß das Verhältnis, das sich zwischen ihm und der großpolnischen Bevölkerung durch den zweimaligen Aufenthalt bei uns angeknüpft hat, nicht ausschließlich ein Verhältnis der formellen Verehrung ist, die die Bürger für das Staatsoberhaupt haben sollen. In diesem Verhältnis liegt viel Anhänglichkeit und tiefe Anerkennung unseres Teilgebiets für den Präsidenten wegen seiner glücklichen Auftritte. **Deshalb muß Großpolen auf die Nachricht von der Begnadigung desto größeres Erstaunen bewegen.** Die Angelegenheit ist nicht die Angelegenheit gewöhnlicher Verbrecher. Wir haben es hier mit einer Satansarbeit kraß staatsfeindlichen Charakters zu tun, die in ungewöhnlichem Umfang angelegt war."

Der „Kurjer" erwähnt dann die erneute Gerichtsverhandlung und die Bestätigung des Urteils durch das oberste Militärgericht am 6. Mai, dann weiter den Fluchtversuch und den russischen Austauschvorschlag, weist dann auf den spezifischen Charakter der Affäre der Bombenwerfer hin und sagt zum Schluß: „Was konnte den Staatspräsidenten dazu bewegen, die Verbrecher zu begnadigen? Sollte er Zweifel gehabt haben über die Schuld der begangenen Verbrechen, zu denen sich Bagiński und Wieczorkiewicz zwar nicht bekannten, die ihnen aber nachgewiesen wurde? Vielleicht aber hat er, ergriffen von dem Geschick zweier jungen Leute, die das Verbrechen auf Abwege führte, sich ihrer erbarmt und ihnen das Leben gerettet? Sie waren nicht nur gewöhnliche Verbrecher, sondern Staatsverräter. Niemand von uns kann als rechtschaffener Christ Rache oder jemandes Tod wünschen. Aber als Bürger eines Rechtsstaates wollen wir und haben wir die Pflicht, darauf zu achten, daß in diesem Staate Recht und Ordnung herrschen. Jede Tat, die gegen die Sicherheit und Existenz des Staates gerichtet ist, muß mit größerer Strenge bestraft werden als ein gewöhnlicher Mord. Deshalb müssen wir den Schritt des Staatspräsidenten, der vielleicht aus rein menschlichen Rücksichten hervorging, als schweren Fehler ansehen, über den es schwer war, zur Tagesordnung überzugehen."

Ausländisches Kapital in Polen.

„Frankreichs Wirtschaftsprovinz."

In der „Danziger Volksstimme" befaßt sich ein Artikel mit dem Überhandnehmen ausländischen Kapitals in Polen. Wir entnehmen dem interessanten Aufsatz folgendes:

„Seit seiner staatlichen Existenz nach dem Weltkriege wurde Polen von Frankreich als seine Wirtschaftsprovinz angesehen. Vor allem sind die polnischen Ölfelder und Kohlengruben im Besitz des französischen Kapitals, das sich besondere Begünstigungen zu sichern vermochte. Der Handelsvertrag zwischen Polen und Frankreich vor zwei Jahren kam einer Auslieferung der polnischen Wirtschaft an Frankreich gleich. Französische Kapitalien fließen auch jetzt noch trotz der ungünstigen Finanzlage und Zahlungsbilanz Frankreichs nach Polen. So soll eine polnische Bank- und Industriegruppe mit der französischen Nationalbank (Banque de France) und einer französischen Großbank (Banque des Pays Bas) ein Abkommen zur Ausnützung der Wasserkräfte getroffen haben. Das französische Kapital soll vier Millionen Dollar dafür zur Verfügung stellen. Neben Frankreich dringt aber das italienische Kapital in Polen vor. Neben der vielversprochenen Tabakanleihe im Betrage von 400 Millionen Lire, die vor kurzem Polen gewährt wurde, haben italienische Kapitalisten große Bergwerkskonzessionen für die Ausbeutung oberschlesischer Kohlengruben im Rybniker Bezirk, auf einem Gebiet von 32 Quadratkilometern, von Polen erworben. Das Ausbeutungsobjekt wurde auf 30 Jahre gewährt. Verhandlungen für Überlassung anderer staatlicher Kohlenfelder an den italienischen Konzern sind im Gange. Eine belgische Finanzgruppe bewirbt sich um die staatlichen Ölgruben in dem westkarpathischen Bezirk, wo der Staat auf einem Gebiet von ungefähr 30 000 Hektar Ölfelder besitzt. Englische und französische Kapitalisten verhandeln mit polnischen Finanzgruppen, welche Erlaubnis zum Ausbau großer Eisenbahnlinien erhielten, wegen Beteiligung. Zwei Eisenbahnlinien sollen in Oberschlesien unter Umgehung des deutschen Gebiets erbaut werden, eine dritte soll den Kohlenbassin von Dąbrowa mit der russischen Grenze verbinden. Diese Strecke könnte für die Kohlenausfuhr Polens nach Rußland von großer Wichtigkeit sein."

Ein Protest an Polens Adresse.

Führende Persönlichkeiten — Frankreichs.

In der Pariser „Ere Nouvelle" wird von führenden Persönlichkeiten Frankreichs im politischen und geistigen Leben, darunter sich Leon Blum, Heriot, Romain Rolland und andere befinden, ein Protest veröffentlicht, der sich gegen den weißen Terror in Polen richtet. In diesem Protest heißt es: „In den Gefängnissen Polens schmachten heute nicht weniger als 3000 politische Gefangene, Arbeiter, die wegen der Teilnahme an Streiks verurteilt wurden, ukrainische Bauern und Weißrussen, die für ihre Stammesbrüder die nationale Unabhängigkeit zu fordern gewagt haben, Intellektuelle, deren einziges Verbrechen darin besteht, Aufklärung in die Masse getragen zu haben. Beschimpft, mißhandelt, in ungeheizten, vor Schmutz starrenden Zellen mit gemeinen Verbrechern zusammengepfercht, ungenügend ernährt, sind diese Gefangenen einer Behandlung ausgesetzt, die bereits mehrere von ihnen den freiwilligen Tod der unerträglichen Folter hat vorziehen lassen. In den Gefängnissen von Krakau, Lemberg und Lodz sind seit dem 13. März Hunderte dieser Unglücklichen in den Hungerstreik eingetreten, um wenigstens die Reinigung ihrer Zellen, die Erlaubnis zum Baden, zum Schreiben und zum Empfang von Besuchen durchzusetzen. Im Namen der Menschlichkeit protestieren wir auf das lebhafteste gegen diesen Mißbrauch der Gewalt und verlangen, daß den elementarsten Forderungen dieser unglücklichen Gefangenen Rechnung getragen wird."

Elektrische Schnellbahn Krakau-oberschlesisches Industriegebiet.

Im Krakauer Magistrat wurde in der Angelegenheit der Verbindung Krakaus mit dem oberschlesischen Industriegebiet durch eine elektrische Bahn eine Sitzung von Vertretern der Stadt und der interessierten Auslandsfirmen abgehalten, die der Präsident Federowicz eröffnete. Direktor Bobrzyński sprach über die Organisation des neuen Unternehmens, das sich auf die Mitwirkung von 15 polnischen Banken und einer französischen Gruppe stützt. Der Redner betonte dabei die von den Gründern entfaltete Tätigkeit, die dahin gerichtet war, vor allem mit Hilfe inländischen Kapitals, trotz der erlangten Auslandshilfe, die fundamentalen Mitteln zu sichern. Professor Podolski trug darauf kurz die technischen Grundsätze des Projektes vor, worauf Direktor Piotrowski im Namen der mitwirkenden Banken eine Erklärung abgab über die Unterstützung der Banken. General Zagórski hob das Interesse des Kriegsministeriums für den Bau einer technisch vervollkommneten Linie durch das Industriegebiet hervor. Der Vertreter der französischen Gruppe versicherte das lebhafte Interesse und das volle Vertrauen, mit dem die Gruppe an die Mitwirkung in einem für Polen so wichtigen und bedeutsamen Unternehmen herantrete.

Republik Polen.

Eine Probemobilmachung.

Wie die polnische Telegraphenagentur aus Warschau meldet, fanden vor einigen Tagen auf Befehl des Kriegsministers Mobilisierungsübungen des 36. Infanterieregiments statt. Nach durchgeführter Probemobilisation hielt das Regiment Feldübungen in Rembertowo ab, die mit einem Kriegsspiel unter Anwendung scharfer Munition und der Unterstützung durch Artilleriefeuer beendet wurden. Zugleich wurde eine Proberequisition von Pferden in einigen Kreisen der Warschauer Wojewodschaft durchgeführt, die ein günstiges Resultat hatte und großes Verständnis von seiten der Besitzer zeigte. Die Militärbehörden werden auf Grund der Uebungen eine ganze Reihe von Verbesserungen einführen.

Die Posener Rede vor dem Senatsausschuß.

Aus Warschau wird gemeldet, daß der Senator Posener im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten einen Brief verlesen habe, der aus dem Ausland an ihn gelangt sei. In diesem Brief ist der schlechte Eindruck betont worden, den die Rede im Goldenen Saal zu Posen hinterlassen hat. Die öffentliche Meinung im Ausland will in dieser Rede eine Kampfstimmung Polens erblicken. Den Ausführungen des Senators Posener hat sich auch der Senator Dr. Buzek von den Piasten angeschlossen und gleichzeitig daran das Verlangen geknüpft, daß in Zukunft die Reden des Staatsoberhauptes in allen Einzelheiten durchdacht und unter der Verantwortung der Regierung gehalten werden müssen. **Der auswärtige Ausschuß des Senats hat den Standpunkt der beiden Redner gebilligt.**

Unbegründete Gerüchte.

Die „Agencja Wschodnia" meldet aus Warschau: Gegenüber den Gerüchten, die letztens in der Presse aufgetaucht sind, die Steigerung der Getreidepreise auf der Warschauer und der Posener Börse sei durch die Nachrichten von Ausfuhrerleichterungen für trockenes Getreide hervorgerufen worden, ist aufzuklären, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren und von irgendwelchen Ausfuhrerleichterungen nicht die Rede ist. Die Hochschraubung der Preise ist also ganz unbegründet.

Maßnahmen im Osten.

Die politische Presseabteilung des Ministerrates gibt folgendes bekannt: Im Zusammenhang mit den letzten Banditenüberfällen in den Ostmarken hat das Innenministerium folgende Verordnung erlassen: 1. Um eine wirksame Bewachung der Grenze durch die Polizei zu ermöglichen, wird ein Grenzschutzgesetz ausgearbeitet werden, das eine entsprechende Nivellisierung des Grenzterrains durch Ausrodung von Forsten in der Nähe der Grenze, durch die Abtragung von Baulichkeiten und die Nichtzulassung der Bestellung der Felder mit Getreide in der Grenzzone ins Auge fassen soll. 2. Durch die Vermehrung der Zahl der für die Grenzpolizei bestimmten Wachtgebäude. In den nächsten Monaten werden längs der Grenze 15 Wachthäuser gebaut werden. 3. Das Polizeiaufgebot wird sowohl durch berittene Polizei, als auch durch Fußmannschaften verstärkt. Dispositionen zur Translokation einer bestimmten Anzahl berittener Polizei nach dem Osten sind getroffen worden. 4. Bau neuer Telephonverbindungen, wodurch die Verfolgung und die Translokation der Polizei auf den gefährdeten Punkten bedeutend erleichtert wird. Es sollen radiotelephonische Einrichtungen in Anwendung kommen. 5. Verstärkte Aufsicht über die Tätigkeit der Polizei.

Die Kommunisten in Wolhynien.

Die politische Presseabteilung des Ministerratspräsidiums gibt in Ergänzung der Bekanntmachung vom 28. April bekannt, daß die energische Aktion in der Richtung der Liquidation der kommunistischen Organisation in Wolhynien in vollem Gange sei und in den nächsten Wochen gänzlich beendet sein werde. Bisher wurden im ganzen 100 Personen verhaftet, deren Teilnahme an der Organisation nachgewiesen wurde. Die in der Presse gebrachten Meldungen, daß beträchtliche Vorräte an Waffen und Explosivmaterialien entdeckt worden seien, haben sich als falsch erwiesen. Indessen waren Plätze für Waffenlager vorbereitet. Die Organisation befand sich in der Entwicklung. Ihre Tätigkeit erstreckte sich nur auf das Gebiet von Wolhynien.

Keine jüdische Universität in Danzig.

Die polnische Telegraphenagentur erhielt von Prof. Halecki folgende Berichtigung: In der polnischen Presse verbreitet sich die ganz irrige Meinung, daß die Völkerbundskommission der ideellen Zusammenarbeit beschlossen habe, eine internationale jüdische Universität auf dem Gebiete Danzig zu schaffen. Als polnischer Sachverständiger und früherer Sekretär dieser Kommission muß ich feststellen. 1. Der Plan einer internationalen jüdischen Universität im Danziger Gebiet ist ein persönliches Projekt des Herrn Doktorowicz aus Warschau, das vom Autor dem Völkerbunde zugeschickt und der erwähnten Kommission lediglich zur Kenntnis gegeben wurde. 2. Die Kommission hat nicht nur keinen Beschluß gefaßt, sondern sich mit dieser Frage überhaupt von einem ganz anderen Standpunkt aus befaßt, und zwar nach einem Antrage Spaniens, daß eine der größeren Universitäten der christlichen Welt als internationale Universität anerkannt werde. 3. Uebrigens hat auch dieses Projekt keine Aussichten, und die Kommission bereitet im Einvernehmen mit dem spanischen Sachverständigen eben jetzt einen Antrag vor, der ihm eine Form gibt, die zur engeren Gestaltung der Beziehungen zwischen den bestehenden Universitäten reduziert ist.

Eine Zusammenkunft Mac Donalds mit Poincaré.

Der beste Beweis dafür, daß die Pariser Zeitungen wenig oder nichts über die Unterredung Mac Donalds mit Theunis und Hymans in Chequers gewußt haben, ist die Meldung, Lord Crewe habe im Auftrage Mac Donalds Herrn Poincaré über die Einzelheiten der Besprechungen mit den Belgiern zu unterrichten. Die französischen Blätter betonen auch, daß England nicht die Absicht habe, irgend welche gesonderten Verhandlungen zu führen. Ferner bemüht sich die Pariser Presse in den letzten Tagen in sehr tendenziöser Weise, die Verantwortung für eine Ablehnung oder Verzögerung der Sachverständigenberichte auf Deutschland zu schieben. Der „Matin" schreibt: „Deutschland muß erkennen, daß keine andere Macht es in seinem Widerstande gegen den Bericht ermutigen wird. Überall ist der Bericht angenommen worden, nur das Reich macht Vorbehalte. Die Alliierten müssen das deutsche Volk davon überzeugen, daß eine solche Politik zum Ruin führen wird."

In bezug auf die obigen Meldungen ist die Mitteilung der Havas-Agentur von Bedeutung, daß Poincaré am 20. Mai mit Mac Donald in Chequers zusammentreffen wird. Nach einer Mitteilung des „Excelsior" soll das Arbeitsprogramm der beiden Ministerpräsidenten folgendermaßen aussehen:

1. Wirtschaftliche Demobilmachung an der Ruhr.
2. Maßregeln zur Sicherung und Verpflegung der Truppen während der militärischen Demobilmachung, die nach Maßgabe der deutschen Zahlungen erfolgen soll.
3. Festlegung der Garantien und eventuellen Sanktionen für den Fall neuer Verfehlungen seitens des Reiches.
4. Festsetzung der deutschen Schuldziffer und der Höhe der von den Sachverständigen vorgesehenen Jahresleistung.
5. Reduzierung des Prozentsatzes der den einzelnen Mächten zuerkannten Reparationsbeträge.
6. Das interalliierte Schuldenproblem.

Zu den französischen Wahlen.

Die französischen Wahlen haben gestern stattgefunden. Die Ergebnisse werden wir, sobald sie uns zugängig sind, mitteilen. Es ist ein auffallend starkes Anwachsen der kommunistischen Propaganda auch in Frankreich zu bemerken gewesen. Man spricht von starker finanzieller russischer Wahlhilfe. Ein Sonderbericht der „D. A. Z." aus Paris beschreibt die Situation wie folgt:

„Der immer näher kommende Wahltag beginnt nun auch, die sonst sehr sachliche und höfliche Ausdrucksweise der französischen Blätter zu vergiften. An den Terror der Kommunisten in den Wahlversammlungen beginnt man sich zu gewöhnen, ebenso wie an ihre ständigen Ausdrücke „Poincaruhr" und „Poincaré la guerre". Aber auch von rechts wird der Ton immer heftiger. Daudet spricht vom linken Block nur noch als vom Block der Verräter, vom nationalen Block als vom Block der Unfähigkeit und Feigheit. Sogar Poincaré wirft er Schwäche und Tatenlosigkeit vor. Der Linksblock wiederholt seit einigen Tagen, der nationale Block bedeute den Krieg, worauf „Gaulois" gestern antwortete, der Sozialismus sei der Krieg.

Die Aufgabe der französischen Wahlen ist eine viel schwerere als die der Deutschen, denn der Parteibetrieb ist sehr unübersichtlich und die Zahl der Parteien ist sehr groß. Man kann sechs Hauptgruppen unterscheiden: die Royalisten, Katholiken, Republikanische Nationaldemokraten, Radikalsozialisten, ferner Sozialrevolutionäre und Moskauer Kommunisten. Trotzdem hat der erste Pariser Wahlbezirk 16 Listen, der zweite 10, der dritte 9 und die Vororte 7 Listen. In 40 Departements ist die Koalition zwischen Radikalsozialisten und den echten Sozialisten gelungen, in den anderen aber nicht. In einigen Bezirken sind Sozialisten und Kommunisten verbündet. Meist aber stehen die Kommunisten allein. Die Blätter bringen die Rechnung über die ungeheuren Kosten der kommunistischen Propaganda. Die Wahlnummern, die in 11 Millionen Exemplaren verbreitet wurden, werden mit 800 000 Franken berechnet. Die Sowjets sollen 42 000 Goldrubel beigesteuert haben.

Der deutsch-russische Konflikt.

Noch ungeklärte Lage.

Die widersprechendsten Meldungen werden noch immer in der Presse laut. Während zum Teil von der deutschen Presse der Konflikt als beinahe erledigt angesehen wird, kommen von anderer Seite Meldungen, wonach die Sowjetregierung nicht so ohne weiteres sich mit den Tatsachen abfinden dürfte. Die „Pat."-Meldungen gehen dahin, zu zeigen, daß die Lage immer noch schwierig sei.

Weiterhin wird gemeldet, daß dieser Konflikt auf die englisch-russischen Verhandlungen einen sehr schlechten Einfluß ausüben soll. Die „Iswestia" erklärt, daß die Sowjets mit keinem Kompromißvorschlag einverstanden sein werden, daß sie vielmehr vollkommene Genugtuung verlangen.

Eine „A. W."-Meldung sagt, daß der ehemalige deutsche Reichskanzler Wirth, der ja bekanntlich ein Mitschöpfer des Vertrages von Rapallo ist, seine persönliche Mitarbeit angeboten haben soll, um den Konflikt beizulegen. Da die diplomatischen Verhandlungen zu keinen positiven Ergebnissen geführt haben, so soll Stresemann zu einem mündlichen Meinungsaustausch mit dem Botschaftsrat Brodowski bereit sein, der wegen der Abwesenheit Krestinskis die Botschaft als Geschäftsträger leitet.

Die Sowjetbehörden unterstreichen weiterhin den Ernst des Konflikts. Inzwischen haben sie die Erdölgesellschaft in Kenntnis gesetzt, daß wohl der Vertragsentwurf bestätigt worden sei, bis zur Erledigung des Konflikts könnten jedoch weitere Schritte, die auf die Ausführung des Vertrages abzielen, nicht unternommen werden.

Die Anwürfe der „Iswestia" sind wieder schärfer geworden. In diesem Blatt schreibt nunmehr Stieklow einen sehr scharfen Artikel, der die Überschrift „Genug der Späße" trägt. Es heißt darin, daß der Vorfall von der deutschen Regierung provoziert (!) worden sei, um die Ausübung der kommunistischen Propaganda der Sowjets zu beweisen. Stieklow bewirft die Berliner Polizei und den preußischen Innenminister Severing mit beleidigenden Ausdrücken, indem er sie niederträchtige Lumpen nennt. Stieklow betont, daß Verdächtigungen nicht maßgebend seien, da ein Mensch mit der festgestellten Maske eines Lumpen und Provokateurs, wie Weiß, zur Fälschung von Dokumenten fähig sei, noch dazu mit Hilfe der russischen Emigration. Stieklow warnt die deutsche Regierung vor der Veröffentlichung der angeblich gefälschten Dokumente und droht mit der Verschlimmerung der deutsch-bolschewistischen Beziehungen.

Wie wir aus diesen Meldungen sehen (sie werden inzwischen auch von Berliner führenden Blättern bestätigt), ist die Lage scheinbar lange nicht so zuversichtlich, wie von manchen Seiten geschildert wird. Es ist jedoch kaum zu erwarten, daß es zu ernsteren Auseinandersetzungen kommen wird. Wie wir an anderer Stelle gemeldet haben, soll ja auch der große Sowjetrat ein Ultimatum an Deutschland abgelehnt haben.

Der Vorschlag eines Volksentscheides zum Sachverständigengutachten.

Die Furcht vor der Verantwortung.

Auf einstimmigen Beschluß der sozialdemokratischen Partei soll über die Annahme oder Ablehnung der Sachverständigenvorschläge ein Volksentscheid herbeigeführt werden. Zur wesentlichen Begründung des Beschlusses wird folgendes angeführt: „Da der Kampf zwischen 23 Parteien die erforderliche Klarheit nicht gebracht hat, soll das Volk selbst mit „Ja" oder „Nein" entscheiden."

Durch diese Kundgebung der sozialdemokratischen Partei ist die Herbeiführung eines Beschlusses im Reichstag, der vorweg [illegible], über den Volksentscheid notwendig geworden, auf Grund von Artikel 73 der Reichsverfassung. Der Artikel lautet folgendermaßen:

„Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen einem Monat es bestimmt.

Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es beantragt.

Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfes stellt. Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Er ist von der Regierung unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Der Volksentscheid findet nicht statt, wenn der begehrte Gesetzentwurf im Reichstag unverändert angenommen worden ist.

Über den Haushaltsplan, über Abgabengesetze und Besoldungsordnungen kann nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen."

Vor dem Inkrafttreten der Weimarer Verfassung gab es in Deutschland die Möglichkeit eines solchen Volksentscheides nicht. Wohl kannte einen solchen Volksentscheid oder Referendum die Schweiz und kleinere Einzelstaaten von Amerika.

In dem obigen Fall käme also Absatz 3 des Artikels 73 in Frage, dessen grundsätzliche Voraussetzungen erfüllt scheinen, da diese Partei mehr als ein Zehntel der Stimmberechtigten auf sich vereinigt. Ob dieses notwendige Zehntel aber wirklich vorhanden ist, wird durch eine Vorabstimmung festgestellt. Ein solches Referendum kann aber nur über einen Gesetzentwurf eingebracht werden, und es muß also einen bestimmt formulierten Gesetzesentwurf zur Grundlage haben.

Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß es politisch nicht recht klug erscheint, in einem solchen Augenblick den Wunsch nach einer Volksentscheidung zu stellen, nachdem die Reichstagswahlen eben stattgefunden haben, und der Reichstag als gewählte Vertretung Gelegenheit haben wird, über die Sachverständigenvorschläge zu entscheiden. Es macht den Eindruck, als ob die sozialdemokratische Partei, über den Ausgang der Wahlen ein wenig verschnupft, wenn nicht gar verärgert, zum Verantwortungsgefühl des künftigen Reichstags kein Vertrauen haben will. Wenn man sich schärfer ausdrücken wollte, so könnte man diesen Schritt der sozialdemokratischen Partei eine schädliche Obstruktion nennen, die das Verantwortungsgefühl der Partei selbst in eigenartigem Licht erscheinen läßt. Die Erledigung der Sachverständigenvorschläge und die Entscheidung darüber ist auf das engste mit dem größten Verantwortungsgefühl der Männer, die darüber zu entscheiden haben, verknüpft. Die Verantwortung dafür aber dem Volke zuzuschieben, kennzeichnet die innere Schwäche und Unsicherheit dieser Partei — wenn man nicht vom bösen Willen reden will —, da das Volk als Masse eine solche Verantwortung gar nicht empfinden kann, da es die Sachverständigenberichte kaum kennt, und von der Tragweite dieser Vorschläge nicht einmal etwas ahnt.

Und wenn der Vorschlag der sozialdemokratischen Partei als „pathologisch" bezeichnet wird, als etwas Krankhaftes im Wesen dieser Partei, so läßt sich hiergegen kaum etwas sagen.

Zum Streik im Ruhrgebiet.

Abgelehnter Schiedsspruch.

Es hat den Anschein, als ob die Kommunisten Deutschlands mit allen Mitteln daran arbeiten, einen Generalstreik im Ruhrgebiet und im Anschluß daran über ganz Deutschland zu entfachen. Diese Tatsache beweist sehr augenscheinlich, daß die Kommunisten den Streik nicht als eine wirtschaftliche Waffe, sondern als ein politisches Kampfmittel allererster Ordnung betrachten. In einem Artikel der „Roten Fahne" wenden sich die Kommunisten — genau wie Marx im „Kommunistischen Manifest" — an die Proletarier aller Länder, besonders aber fordern sie die Berg- und Transportarbeiter der ganzen Welt zur Solidarität auf. Bezeichnend für die deutsche Ideologie und Denkweise ist der Umstand, daß man einen besonderen Appell an die englischen und französischen Arbeiter richtet und ihre Sympathien zu erlangen sich bemüht. Die deutschen Arbeiter werden anscheinend nie klug.

Die Kommunisten gehen von dem grundsätzlichen Gedanken aus, die Kohlenförderung lahmzulegen und auch die Kohleneinfuhr zu verhindern, weil sie daraus — und nicht ganz zu unrecht — als notwendige Folge ein wirtschaftliches Chaos in Deutschland erwarten.

Infolge dieser Streikverhetzung haben schon Betriebsstillegungen erfolgen müssen. So wird aus Essen gemeldet:

Auf den Krupp-Werken in Essen wird durch Anschlag der Direktion bekanntgegeben, daß voraussichtlich vom 11. d. Mts. ab infolge Kohlenmangels Kurz- und Feierschichten mit Verdienstausfall eingelegt werden müssen.

Auch die Gute Hoffnungshütte in Oberhausen gibt bekannt, daß infolge Gas- und Strommangels die Anlage bereits im Laufe des gestrigen Tages zum Erliegen gekommen sei und nur noch für einen geringen Teil der Belegschaft Arbeitsmöglichkeit vorhanden sein dürfte.

Für die staatlichen Zechen in Recklinghausen werden Verhandlungen über den gegenwärtigen Konflikt abgehalten werden.

Durch die Stillegung der Kokereien auf den Ruhrzechen ist die Ferngasversorgung für Benrath und seine ausgedehnten Industrieanlagen unterbrochen.

Die Bergarbeiter haben den inzwischen gefällten Schiedsspruch abgelehnt. Es herrscht aber kein Zweifel darüber, daß dies nur unter dem Druck und dem Terror der kommunistischen Parteien geschehen ist. Das W. T. B. meldet darüber folgendes:

„Den großen Revierkonferenzen der Bergarbeiterverbände sind am Donnerstag im gesamten Ruhrrevier die Belegschaftsversammlungen gefolgt, deren Zahl auf über 300 geschätzt wird. Soweit Meldungen vorliegen, haben sie alle einen ruhigen Verlauf genommen. In allen Versammlungen, die überfüllt waren und teilweise unter freiem Himmel stattfanden, wurde das Vorgehen der Grubenbesitzer auf das schärfste verurteilt, der Wille der Bergarbeiter zur Arbeit entschieden betont und jede Streikparole nachdrücklich abgelehnt. Aufforderungen zum Generalstreik, die in einigen Versammlungen von Anhängern der Union erhoben wurden, fanden bei dem Gros der Teilnehmer entschiedene Ablehnung. Es wurde gefordert, daß die Bergarbeiter nicht allein die Träger der Reparationslasten sein dürften, diese Lasten seien vielmehr gleichmäßig auf alle Schultern des Volkes zu legen. An der Forderung der Beibehaltung der Siebenstundenschicht unter Tage und der Achtstundenschicht über Tage werde die Ruhrbergarbeiterschaft festhalten. Die Beschlüsse der Revierkonferenzen wurden einmütig gebilligt; das Angebot des Schiedsspruchs in der Lohn- und Arbeitszeitfrage sei für die Bergleute unannehmbar."

Deutsches Reich.

Zum Streik im Ruhrgebiet.

Berlin, 11. Mai. (Privattelegramm.) Im deutschen Bergarbeiterstreik ist gestern bei der Berliner Gewerkschaftszentrale der Antrag eingegangen, nach einer Solidaritätserklärung der deutschen Gewerkschaften für die ausgesperrten Bergarbeiter. Der Antrag ist von der Betriebsrätezentrale des Ruhrgebiets gestellt. Wie wir erfahren, nehmen die Berliner Gewerkschaften eine vorerst abwartende Stellung ein, da sie die radikalen Betriebsräte nicht als die gewerkschaftlichen Vertreter der deutschen Bergarbeiter ansehen.

Die schwierige Kabinettsbildung.

Berlin, 11. Mai. (Privattelegramm.) Gestern abend haben die Besprechungen der Reichsminister beim Reichspräsidenten begonnen. Die Sitzung des Gesamtkabinetts unter Vorsitz des Präsidenten Ebert findet erst am Montag statt. Die bisherigen Koalitionsparteien konferieren gleichfalls gestern abend, und es zeigen sich ernstliche Bestrebungen, eine neue Koalition für das bisherige Kabinett im neuen Reichstag zustande zu bringen, um zunächst die Durchführung der Expertengutachten zu sichern.

Zunahme der Kommunisten.

Berlin, 11. Mai. (Privattelegr.) Bei den vorgestrigen Betriebsrats-Ergänzungswahlen in der Berliner Holzindustrie verloren die Sozialdemokraten 28 Sitze an die Kommunisten und 17 an die übrigen nichtsozialistischen Listen, darunter 6 an die Deutschvölkischen.

Bayerische Kabinettsbildung.

München, 11. Mai. (Privattelegr.) Die bayerische Volkspartei nominierte gestern abend für die ihr vom Landtagspräsidenten angetragene Neubildung des bayerischen Kabinetts den bisherigen Ministerpräsidenten von Knilling.

Weitere Kommunistenverhaftungen.

Berlin, 11. Mai. (Privattelegramm.) In das Berliner Untersuchungsgefängnis sind gestern weitere 8 Kommunisten wegen Teilnahme an der deutschen Tscheka eingeliefert worden. Die in Mecklenburg und Ostpreußen erfolgten Kommunistenverhaftungen der letzten Tage stehen nicht nur mit der Tscheka-Untersuchung, sondern auch mit der kommunistischen Generalstreikbewegung in Deutschland in unmittelbarem Zusammenhang, deren Fäden in der inzwischen geschlossenen Sowjethandelsvertretung zusammenliefen.

Aus anderen Ländern.

Sturz der englischen Regierung?

Rotterdam, 11. Mai. (Privattel.) In Glasgow haben dem „Daily Chronicle" zufolge sämtliche Gewerkschaften ihren Austritt aus der Trade Union und aus der Labour Party erklärt mit der Begürndung, daß das Arbeiterkabinett keinen einzigen Programmpunkt der Partei bisher erfüllt habe und lediglich die militaristische Politik seiner Vorgänger fortsetze. Wie der Courant aus London meldet, werden bei Lloyd in London gewettet für den Sturz der Arbeiterregierung bis 30. Juni 5 gegen 1 und für Neuwahlen bis September 3 gegen 1.

Ablehnung des Völkerbundes.

Rotterdam, 11. Mai. (Privattel.) Die „Times" melden: Die Interpretation, ob die Fristen der Rheinbesetzung bereits zu laufen begonnen haben, sollen nach Mac Donalds Erklärungen in der Trade Union dem Völkerbund vorbehalten bleiben. Inzwischen ist von zwei Vertagsstaaten in London deutlich zum Ausdruck gebracht, daß diese Lösung nicht akzeptiert wird, daß vielmehr darauf bestanden werden soll, daß die Fristen erst nach Erfüllung der deutschen Vertagsverpflichtungen zu laufen beginnen.

Der Botschafterrat zur Entwaffnung.

Genf, 11. Mai. (Privattel.) Wie „Echo de Paris" und „Journal" melden hat der Botschafterrat am Dienstag die Beratung über die neue Entwaffnungsnote an Deutschland fortgesetzt. Er sei einstimmig zur Ablehnung der Gegenvorschläge der letzten deutschen Antwortnote gekommen. Die Weiterberatung über die Formulierung der neuen Note sei auf Mittwoch vertagt worden.

Micumverträge.

Genf, 11. Mai. Der Matin meldet, daß die Reparationskommission in ihrer letzten Dienstagsitzung die Anrechnung der Micumlieferungen auf das allgemeine Reparationskonto ausgesprochen hat. Der Beschluß der Repko lasse die Möglichkeit zu, die Micumverträge neben den allgemeinen Reparationsregelung fortbestehen zu lassen. Das Pariser Journal meldet dazu aus Düsseldorf: Das Micum verließ Einladungen an die Ruhrindustriellen zu Besprechungen über eine Fortsetzung der am 15. Juni ablaufenden Micumverträge. Die Besprechungen sind schon für die dritte Maiwoche vorgesehen, da es sich diesmal um eine längere Regelung der Micumverträge bis 31. Dezember d. J. handeln soll.

Eine Rede Trotzkis.

Rotterdam, 11. Mai. (Privattel.) Wie „Morningpost" und „Daily Mail" indirekt aus Moskau melden, hat der große Sowjet in seiner Sitzung am Dienstag das von dem Rat der Volksbeauftragten beantragte Ultimatum an Deutschland abgelehnt. Die „Prawda" veröffentlicht eine große Rede Trotzkis gegen die russische Außenpolitik unter dem neuen Regima, in der es heißt, daß die hoffnungsvolle proletarische Revolution in Deutschland durch eine antideutsche Politik nicht gefördert würde.

Gegen Mac Donald.

Rotterdam, 11. Mai. (Privattelegr.) Die „Morningpost" meldet: Die englischen Dominiums haben zum Kampf gegen die Zollpolitik des Kabinetts Mac Donald mit Protesten in London eingesetzt. Dem australischen Protest ist am Montag der Einspruch Kanadas gefolgt, der um so ernster beurteilt werden muß, als Kanada die Aufhebung der 15prozentigen Zollermäßigung zugunsten zahlreicher englischer Waren für den 1. Juli angekündigt hat.

In kurzen Worten.

Die Deutschnationalen im sächsischen Landtag haben einen Antrag auf Aufhebung der Revolutionsfeiertage — 1. Mai und 9. November — eingebracht.

*

In Kopenhagen ist ein französisches Geschwader von vier Torpedobootzerstörern eingetroffen, die in der Ostsee Uebungen abhalten sollen.

*

In Florenz hat ein Riesenprozeß gegen 138 Kommunisten begonnen. Es sind über 1000 Zeugen geladen. Der Anklage liegt der blutige Zusammenstoß zwischen Kommunisten und faszistischen Truppen im Juli 1923 zugrunde.

*

Der deutsche Reichspräsident hat Donnerstag den zum litauischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister ernannten bisherigen Geschäftsträger Venceslas Sidzikauskas zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

*

Dr. phil. Betty Heimann wurde von der philosophischen Fakultät der Universität Halle als Privatdozentin für das Fach der indischen Philologie zugelassen; sie ist die erste Dozentin der Universität Halle.

Letzte Meldungen.

Die Kontrollkommission in Ostpreußen.

Berlin, 11. Mai. General Nollet ist gestern abend mit neuen Vollmachten aus Paris zurückgekehrt. Der General ist bereits Freitag früh mit 10 Offizieren seines Stabes nach Ostpreußen gereist.

Sitzung der Repko.

Genf, 11. Mai. (Privattelegr.) „Echo de Paris" meldet, daß die Reparationskommission in ihrer Sitzung vom Donnerstag die Expertengutachten weiter beraten habe. Sie habe die Nichtverbindung der wirtschaftlichen mit den politischen Fragen ausdrücklich beschlossen, nachdem diese Verbindung schon im Dawes-Bericht abgelehnt sei. Für Montag sollen die deutschen Vertreter aufgefordert werden, sich über diejenigen Gesetzentwürfe zu äußern, die Deutschland bis Ende dieses Monats zur parlamentarischen Erledigung bringen wird.

Am 7. d. Mts. starb im Diakonissenhause zu Posen
Herr Gutsbesitzer

Ludwig Hoffmeyer

aus Swarzędz.

Mit der ganzen Gemeinde beklagen wir den frühzeitigen Hingang dieses Mannes, der als Mitglied des Schulvorstandes die Interessen der ev. Schulgemeinde gewissenhaft wahrgenommen und sich durch sein freundliches Wesen unser Vertrauen und unsere Achtung erworben hat.

Auch über das Grab hinaus werden wir ihm stets ein treues Andenken bewahren.

Swarzędz, den 9. Mai 1924.

Der ev. Schulvorstand.

Am 7. Mai 1924 starb in Posen
Herr Gutsbesitzer

Ludwig Hoffmeyer

aus Swarzędz.

Mit ihm ist ein langjähriges Mitglied unseres Aufsichtsrates dahingegangen. Er war ein eifriges Mitglied unserer Genossenschaft und hat viel zum Gedeihen derselben beigetragen. Ein bleibendes Andenken ist ihm sicher.

Swarzędz, den 10. Mai 1924.

Spar- und Darlehnskasse Swarzędz

Der Aufsichtsrat: Schulze. Radtke. Rippe. Kröning. Manthei.

Der Vorstand: Schmidtke. Müller. Liefke.

Am 7. d. Mts. starb
der Gutsbesitzer

Ludwig Hoffmeyer,

Schwersenz.

Er war Mitbegründer unserer Genossenschaft und in der Folge langjähriger Vorsitzender unseres Aufsichtsrats.

Seine rege Anteilnahme an unseren Unternehmungen, sein sachliches Urteil und sein lauterer Charakter sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken.

Molkereigenossenschaft Swarzędz.

Statt besonderer Anzeige.

Nach schwerem Leiden verschied in Namslau mein lieber Sohn, unser guter Bruder,

der Bankbeamte

Johannes Bertelt

im Alter von 36 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Maria Bertelt.

Janków zal., Posen, den 7. Mai 1924.
p. Raszków.

Gestern abend ½7 Uhr entschlief sanft nach schwerem Leiden mein geliebter Mann, unser guter, treusorgender Vater,

der Landwirt

Heinrich Höth

im 60. Lebensjahre.

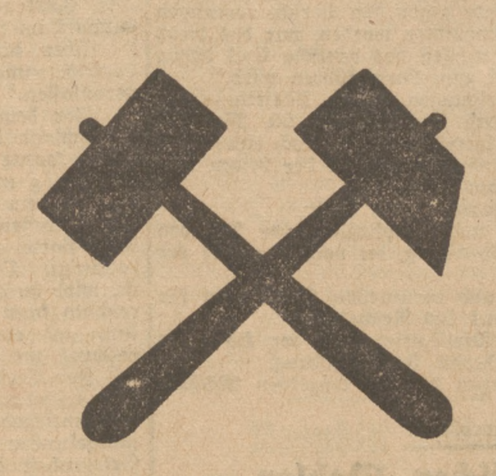
Grzebienisko, den 10. Mai 1924.

Frau **Martha Höth**, geb. Strehmel
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 14. d. Mts., nachmittags 3 Uhr statt.

Die glückliche Geburt eines gesunden
Sonntagsjungen
zeigen an
Hugo Chodan und Frau
Martha, geb. Miegel.

Wegen Umzug verkaufe ich
v. 6 Zimmern alle Möbel
Auch einzeln.
Tel. 15. **Gustavus, Swarzędz.** Tel. 15.



Ständige Lieferung

von

Steinkohle und Koks

aus den tiefsten Gruben in Waggonladungen an Kohlenhändler, Zuckerfabriken, Mühlen, Fabriken, Vorortsbahnen, Brennereien usw. in beliebigen Sorten und Mengen

empfehlen wir zu bequemen Bedingungen.

Hervorzuheben sind unter anderem:

Steinkohlen-Briketts C. W. aus Deutsch-Oberschlesien
Koks, hochwertig, aus der Kokerei „Gotthard"
Schmiedeerbskohle, gewaschen, aus Poln.-Oberschlesien
Schmiedeerbskohle, gewaschen, aus Niederschlesien (Waldenburg)

SZAFARKIEWICZ i MENZEL

w Poznaniu, ul. 27. Grudnia 19 I.

Das Büro ist geöffnet von 8 Uhr früh bis 6 Uhr nachm., ohne Unterbrechung.

Telephon 50—95. Telephon 50—95.

Behufs Abschlusses von Verträgen senden wir auf **Wunsch unseren Vertreter.**

ERDMANN KUNTZE

Schneidermeister Poznań, ul. Nowa 1, I. Etage

Anfertigung vornehmster

Herren- u. Damen-Moden



Lager in prima englischen u. deutschen Stoffen.



Gelieferte Stoffe werden zu erstklassiger Verarbeitung angenommen.

Spielplan des Großen Theaters.

Montag, den 12. 5., abends 7½ Uhr: **„Straszny Dwór"**, Oper von Moniuszko.
Dienstag, den 13. 5., 7½ Uhr: **„Dämon"**, Oper von Rubinstein.
Mittwoch, den 14. 5., 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron"**. Komische Oper von Strauß.
Donnerstag, den 15. 5., 7½ Uhr: **„Kuhreigen"**, Oper von Kienzl.
Freitag, den 16. 5., 7½ Uhr: **„Boccaccio"**, Kom. Oper von Scribe.
Sonnabend, den 17. 5., 7½ Uhr: **„Puppenfee"**, Ballett.
Sonntag, den 18. 5., 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana"**, Oper von Mascagni u. **„Bajazzo"**, Oper von Leoncavallo.

(Nach Beginn der Vorstellungen wird in den Zuschauerraum niemand mehr hineingelassen.

Die Photographen

Pat u. Patachon

treten täglich auf

im Teatr Palacowy Plac Wolności 6

Deutsche Patentachsen

(Colling) preiswert abzugeben.

1 Wagg. Drahtnägel

in allen Größen zu billigen Preisen empfiehlt
Otto Tonn, Rogoźno.

Suche für meine Tochter, 28 Jahre alt, evangelisch, stattl. Erscheinung, sehr häuslich, **anständige, solide, evangelische Herrenbekanntschaft** mit gutem Brot

zwecks späterer Heirat.

Gemütliches Heim vorhanden und in guten Verhältnissen. Strenge Verschwiegenheit erbeten und zugesichert. Anonym zwecklos. Offerten unt. **G. H. 7079** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

▭ 14. 5. I. Kglg. anschl. Beamtwhl.

Lehrer

erteilt **gründl. polnischen Sprachunterricht.** Off. unt. **Nr. 7077** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Witwer,

50er, poln. Staatsb., Fabrikant, vermögend, gr. Grundstck., sucht **Damenbekanntschaft** (auch Witwe) mit ähnl. Vermög. Vermittl. d. Verwandte erb. Off. unter **M. 7088** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Bach-Verein.

Chorprobe

verlegt auf

Sonnabend, d. 17. 5.,

Damen 7½, Herren 8½ Uhr.

Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht!

Malerarbeiten

werden gut und billig ausgeführt. (7115
Heinrich, ul. Kościelna 49.

Die Einäscherung Helfferichs in Mannheim.

Die Trauerfeier für Helfferich in Mannheim fand unter Teilnahme aller Kreise des deutschen Volkes statt. Ein Bericht der „D. A. Z." aus Mannheim meldet darüber folgendes:

Schwere Regenwolken breiteten einen Schleier über den Mannheimer Friedhof, als der Leichnam des großen Pfälzers und Deutschen Karl Helfferich und seiner Mutter den Flammen übergeben wurde. Die Freitreppe zum Krematorium, zu deren beiden Seiten Chargierte zahlreicher Studentenkorporationen mit umflorten Fahnen, Fahnendeputationen der Bismarckgruppe der deutschnationalen Jugend und Stahlhelmleute Aufstellung genommen hatten, war mit Kränzen bedeckt, unter denen besonders die Blumengebinde der deutschen Reichsregierung, des Deutschen Reichstages, der Deutschen Volkspartei der Pfalz, deren Schleife die Widmung trug „Dem großen Pfälzer" auffielen. Unter dem Gefolge, das hinter den Särgen Aufstellung genommen hatte, befanden sich Reichsminister Dr. Luther, Vizepräsident des Reichstags Dietrich und als Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei Staatsminister a. D. Dr. Walraff, Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei aus Baden und Hessen und aus dem Saargebiet, darunter Wild von Hohenborn, ferner der Regierungspräsident der Pfalz, der Bürgermeister von Neustadt a. d. Haardt, der Geburtsstadt Karl Helfferichs, sowie als Vertreter der Deutschen Bank Direktor von Stauß. Am Sarge standen die Witwe des Verstorbenen und die anderen Mitglieder der Familien Helfferich und v. Siemens. Vor der Freitreppe hatten die Trauergäste in unübersehbarer Zahl Aufstellung genommen.

Die Trauerfeier wurde eingerahmt durch das Niederländische Dankgebiet, das von dem Bläserchor des Mannheimer National-Theaters vorgetragen wurde. Die Trauerrede hielt Konsistorialrat Fischer-Berlin. Er schilderte das tragische Geschick Karl Helfferichs und seiner Mutter. Helfferich habe um die Stunden gegeizt, die er mit den Seinen zusammen sein konnte. Der Geistliche gab eine Lebensschilderung des Verstorbenen und betonte, daß die Tragik in seinem Leben begonnen habe, als er während des Krieges an die Spitze der Reichsregierung berufen wurde, wie er dort gekämpft, gearbeitet und gerungen habe. Es waren ihm Hände und Arme gebunden, und er habe zusehen müssen, wie das stolze Deutsche Reich in Staub und Trümmer sank. Aber er sei trotzdem einer der Ersten gewesen, der zum Wiederaufbau rief und sich unermüdlich dem Dienste des Vaterlandes gewidmet habe, zu dem er glühende Liebe besaß. Als Triebkraft seines ganzen Handelns bezeichnete der Geistliche die hohe Sittlichkeit Dr. Helfferichs, von der er sich stets leiten ließ.

Nach dem Choral „Jesus, meine Zuversicht" entbot Reichsfinanzminister Dr. Luther dem Verstorbenen den letzten Gruß. Was Helfferich an der Spitze des Reiches geleistet habe, gehöre der Geschichte an; was er als Führer der Opposition später geleistet hat, das wird das ungetrübte Urteil unserer Nachfahren in seiner vollen Bedeutung würdigen. Wir, die Mitlebenden, haben des Verstorbenen zu gedenken als eines Mannes des Volkes und der Tat und als eines Führers, für den sein Deutschsein eine Leidenschaft war. Die deutsche Reichsregierung nimmt innigen Anteil an dem schweren Verlust, der die Familien Helfferich und von Siemens getroffen hat, und an dem Verlust der Mutter dieses Sohnes, die gemeinschaftlich mit Helfferich einem so schrecklichen Verhängnis zum Opfer gefallen ist. Dem, was sterblich an Helfferich war, rief der Reichsminister im Namen der Reichsregierung zu: „Schlaf' wohl in deutscher Erde!"

Für den Deutschen Reichstag sprach der Vizepräsident Dietrich. Ferner sprachen der ausgewiesene Regierungspräsident für die Pfalz, Dr. Mathäus, der die Verdienste des Verstorbenen um seine pfälzische Heimat würdigte, der Bürgermeister der Heimatstadt Neustadt a. d. H. und der Vertreter der Deutschen Bank v. Stauß. Während der Bläserchor die zwei letzten Strophen des Niederländischen Dankgebets spielte und die studentischen Korporationen zum letzten Gruß die Fahnen senkten, wurden die beiden Särge in das Innere des Krematoriums gebracht, das mit Blumen, Lorbeer und immergrünen Girlanden geschmückt war.

Inkrafttreten des neuen Mieterschutzgesetzes.

Das neue Mieterschutzgesetz ist jetzt endlich in der Nr. 30 des „Dziennik Ustaw" veröffentlicht worden und tritt mit dem 1. Juni d. Js. in Kraft. Wir werden den Wortlaut des Gesetzes in den nächsten Tagen im „Posener Tageblatt" im Hinblick auf seine große Bedeutung für unser Wirtschaftsleben wiedergeben.

Die Jahresversammlung der Posener Missionskonferenz

beginnt morgen, Dienstag, nachmittags 5 Uhr mit einem Festgottesdienste in der St. Paulikirche, bei welchem Pastor Diestelkamp aus Inowrocław die Predigt hält. Am Dienstag, abends 8 Uhr findet eine Nachfeier im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses statt, in der von den Pastoren Büchner aus Posen und Mahler aus Czempin Vorträge über die Beziehungen zwischen dem Posener Lande und der Berliner Missionsgesellschaft und über das Berliner Missionshaus gehalten werden.

Am Mittwoch vormittags 9 Uhr spricht an derselben Stelle in der Synodalhelferkonferenz Studiendirektor Lic. Schneider aus Posen über Mission und Theologie der Berliner Mission. In der vormittags 10 Uhr sich daran anschließenden Hauptversammlung halten zwei frühere Missionare, die Pastoren Dost aus Lubin und Giesel aus Dobrzyca Vorträge über ihre einstigen Missionsfelder in Afrika und China. — Alle diese Versammlungen sind öffentlich. Der Eintritt ist frei.

Eine zeitgemäße Mahnung.

Seit einigen Tagen haben wir nun die neuen Zloty-Banknoten, die einen durchaus gefälligen Eindruck machen, besonders auch in ihrem bisher noch völlig neuen Gewande. Ganz unwillkürlich zieht man Vergleiche zwischen den bisherigen polnischen Geldscheinen bis herauf zu den 10-Millionen-Noten, und den jetzigen neuen Geldscheinen, erinnert sich auch daran, daß das jetzige alte Geld ehedem in seinem neuen Gewande ebenfalls einen hübschen Eindruck machte, bis dieser durch die barbarische Behandlung, die ihm in allen Bevölkerungsschichten zuteil wurde, völlig verwischt und in sein Gegenteil verkehrt wurde. Man braucht nur an die zerlumpten und zerfetzten, hier und da durch beklebte Papierstreifen wieder zusammengekitteten Geldscheine zu denken, und sofort werden wir von einem Schütteln und einem berechtigten Ekel erfaßt. Seien wir nur ehrlich: jeder einzelne von uns hat zu dieser Verwüstung des alten Geldes beigetragen, indem wir es nicht etwa zusammenfalteten, sondern zusammenknüllten und in allen Taschen zwischen allen möglichen und unmöglichen anderen Papieren unterbrachten. Aus dieser üblen Erfahrung mit ihren gewiß nicht schönen Folgeerscheinungen sollten wir einen weisen Schluß für die Behandlung der neuen Zloty-Scheine ziehen, nämlich die, die neuen Banknoten nicht zu zerknüllen, sondern sie hübsch vorsichtig zu behandeln und sauber zu halten, damit sie uns nicht in wenigen Monaten wieder als zerfetzte Lappen, entgegengrinsen. Uns ist noch niemals ein deutscher Bankschein in einem derartig zerfetzten Zustande vor Augen gekommen, wie wir ihn hier zu den ständigen Erscheinungen zählten. Das, was in Deutschland durchführbar ist, sollte bei uns ebenfalls möglich sein.

Regierungshilfsaktion für die durch Ueberschwemmung heimgesuchten Ortschaften.

Der Innenminister hat allen Wojewoden anbefohlen, umgehend genaue Angaben über das Ausmaß der durch die Überschwemmung verursachten Schäden, ferner die schätzungsweisen Zahlen der Beschädigung in den Feldern und im lebenden Inventar zu machen. Es handelt sich auch darum, festzustellen, ob infolge der durch die Wasserkatastrophe verursachten Schäden irgend welche Versorgungsschwierigkeiten in den geschädigten Ortschaften zu befürchten sind. Die Wojewoden sollen ihren Berichten auch zutreffendenfalls Vorschläge einer Abwehraktion zufügen überall dort, wo nach Feststellung der Schäden Ernährungsschwierigkeiten vor der Ernte zu erwarten wären, oder um einer Preiserhöhung für Artikel des täglichen Gebrauches vorzubeugen.

Steuereinschätzung der Landwirte.

Der vom Landwirtschaftlichen Kreisverein in Bromberg gewählten Steuerkommission ist, wie die „Deutsche Rundsch." schreibt, von dem Herrn Vorsitzenden der Steuerveranlagungskommission für den Stadt und Landkreis Bromberg die Mitteilung gemacht worden, daß nach den ihm von den höheren Stellen erteilten Anweisungen das Einkommen aus Grundbesitz im Kalenderjahr 1923 bei denjenigen Steuerpflichtigen, die keine ordnungsmäßige Buchführung haben, auf 50 Pfund bis zu einem Zentner Roggen pro Morgen, je nach Größe und Güte der Wirtschaft, zu schätzen ist. In diesem Betrage ist der Wert der aus der eigenen Wirtschaft entnommenen Naturalien für den Lebensunterhalt mit enthalten. Hinzuzurechnen ist der Mietwert der eigenen Wohnung mit 600 000 Mk. durchschnittlich.

Der durchschnittliche Roggen-Börsenpreis betrug im Kalenderjahre 1923 für den Zentner Roggen 675 000 Mk. Multipliziert man also die nach obigen Angaben errechnete Roggen-Zentnerzahl mit 675 000, so erhält man das Jahreseinkommen aus der Landwirtschaft in Polenmark. Dieser Betrag muß zur Ermittelung des Jahreseinkommens in Goldfrank wiederum durch 150 000 dividiert werden.

Also: eine Wirtschaft von 500 Morgen hat einen Durchschnitts-Reinertrag von einem Zentner Roggen pro Morgen, im ganzen 500 Zentner. 500 × 675 000 = 337 500 000 poln. Mark, geteilt durch 150 000 = 2250 Goldfrank. Hierzu ist noch der Mietwert der eigenen Wohnung mit 600 000 poln. Mark = 4 Goldfrank hinzuzurechnen, also Gesamteinkommen aus Grundbesitz 2254 Goldfrank.

Da die Einkommensteuerpflicht erst bei einem Reineinkommen von 1378 Goldfrank beginnt, würden bei obiger Schätzung alle Grundbesitzer, die weniger als 305 Morgen Land besitzen, vorausgesetzt, daß sie kein Einkommen aus anderen Steuerquellen, (zum Beispiel Kapitalvermögen) haben, steuerfrei bleiben. Die Steuererklärungen sind bis zum 23. Mai einzureichen.

× **Amtsübernahme.** Der neue Präsident des Posener Appellationsgerichts, Zakrzewski, übernimmt sein Amt am 16. d. Mts.

× **Ein Bild des Staatspräsidenten Wojciechowski** ist im Stadtverordnetensitzungssaale angebracht worden.

× **Ein Geschenk an den Staat?** Wie der „Postęp" in seiner Sonntagsausgabe berichtet, soll der ehemalige deutsche Kammerherr und Schloßhauptmann von Posen, Bogusław Graf von Hutten-Czapski auf Smogulec, Kr. Wongrowitz, sein Gut dem Staate zum Geschenk angeboten haben. In Warschau soll man jedoch bei der Annahme Schwierigkeiten machen.

Das Papierkleingeld. Am Mittwoch werden die ersten polnischen Noten zu 1, 5, 10 und 50 Groschen im Umlauf gesetzt. Die Noten zu 20 Groschen kommen in den nächsten Tagen heraus. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, wird das papierne Münzkleingeld nur etwa sechs Wochen im Verkehr bleiben. Schon im Juni werden Nickel- und Bronzemünzen in den Verkehr kommen. Im September werden die Silbermünzen in den Verkehr gebracht.

Verkaufsverbot von Wild während der Schonzeit. Die Polizeibehörden haben eine Verfügung erlassen, die das Verbot, Wild während der Schonzeit zu verkaufen, in Erinnerung bringt. Es dürfen also während der Schonzeit weder Haar- noch Federwild, das gegenwärtig Schonzeit hat, gejagt oder verkauft und auch nicht in Gastwirtschaften in zubereitetem Zustande aufgetischt werden.

Bekämpfung der Blutlaus. Die Besitzer, Pächter und Nutznießer von Obstbäumen weist das Starostwo Grodzkie darauf hin, daß für den Posener Verwaltungsbezirk am 4. Juli 1914 eine Polizeiverordnung über die Bekämpfung der Blutlaus der Obstbäume mit Angabe der Art der Untersuchung der Bäume und der Vernichtung der Blutlaus erlassen und am 11. Juli 1914 im Amtsblatt (Nr. 28 Seite 391) veröffentlicht wurde. Eine genaue Kenntnis der in dieser Verfügung enthaltenen Bestimmungen und deren Durchführung liegt im eigenen Interesse der genannten Personen.

Zur Beachtung für Kraftwagenbesitzer und Chauffeure. Das Starostwo bittet uns, folgendes mitzuteilen: Es ist bemerkt worden, daß Kraftwagenbesitzer und Chauffeure die Bestimmungen für die Fahrt in der Stadt nicht innehalten. An den Straßenecken und den Haltestellen der Straßenbahn wird kein Zeichen gegeben, die Kraftwagen fahren mit übermäßiger Schnelligkeit, mit offenen Ventilen usw. Es laufen zahlreiche Beschwerden darüber

Aus Stadt und Land.

Posen, den 12. Mai.

In eigener Sache.

Wir erklärten hier vor einigen Tagen, daß die Mitteilung der „Posener Neuesten Nachrichten" von einem Verkauf der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt falsch sei. Die „Posener Neuesten Nachrichten" glauben unsere Erklärung dahin auslegen zu müssen, daß ein Verkauf zwar noch nicht erfolgt sei, Verkaufsverhandlungen aber schwebten. **Wir stellen demgegenüber noch einmal fest, daß keine Verkaufsverhandlungen schweben und niemals geschwebt haben.**

Das goldene Netz.

Roman von Otto Lothar Riemasch.

(Nachdruck untersagt.)

(13. Fortsetzung.)

„Ihr werdet sie vielleicht kennen, dem Namen nach sicher," fuhr Martin mutig fort, froh, daß dies Thema auch gleich zur Sprache kam. „Es ist Marianne Dolff von unserem Opernhaus."

„Sieh an," meinte Eberhard etwas überrascht, „nicht übel; eine sehr kluge und sehr interessante Künstlerin. Da wirst Du sehr beneidet werden."

Eine knabenhafte, unbefangene Fröhlichkeit flog über Martins ernstes, schmales Gesicht.

„Das glaube ich nicht. Die wenigsten werden etwas von mir wissen und wie ich mit Marianne stehe. Sie nimmt teil an meinem Schaffen, das ist eigentlich der Grundton unserer Freundschaft. Wenn sie Zeit hat, wandern wir zusammen irgendwo hinaus ins Freie. Ab und an bin ich bei ihr, lese ihr vor oder sie singt. Mehr nicht. Trotzdem ist unsere Kameradschaft sehr stark. Sie ist ein großer und grader Mensch. Es ginge vielen sehr schlecht, wenn Marianne Dolff nicht wäre."

Eine kleine Pause entstand. Irene füllte sie damit aus, daß sie die Tassen noch einmal füllte. Eberhard rauchte und machte ein nachdenkliches Gesicht. Irene sah ihm an, daß er etwas fragen wollte, mit Fraueninstinkt warf sie ihm einen warnenden Blick zu.

„Wir kennen sie nur flüchtig," meinte Eberhard dann, „wir lernten sie einmal bei dem reichen Robbe kennen."

„Den kennt Ihr auch?" fragte Martin interessiert.

„Natürlich, sein einziges Kind, die kleine Gertraude, ist unsere Schülerin gewesen. Sie ist häßlich wie ein Entelein, der fürstliche Luxus um sie herum wirkt wie eine Karikatur. Da paßt Marianne Dolff allerdings besser hinein."

Irenens Blick bat wieder.

Aber Martins Harmlosigkeit blieb unbewölkt. „Ich glaube, sie hat großen Einfluß auf diesen Robbe," sagte er und es klang stolz. „Und wenn er auf der Liste meiner geschworenen Todfeinde auch obenan steht, wenn er ein Herz für Marianne Dolffs reine Menschlichkeit besitzt, so hat er wenigstens eine sympathische Seite. Und nun denkt Euch, hat sie sich in den Kopf gesetzt, daß Robbe mir zur Aufführung einer meiner Dramen verhelfen soll. Ausgerechnet mir, der ich ihn am liebsten an den Galgen bringen möchte. Sie hat ihn schon für mich ein wenig interessiert, und morgen soll ich mit ihm in einer Sitzung des Vereins für Theaterkultur zusammen sein."

„Ein interessanter und verwickelter Fall," sagte Eberhard. „Wenn Robbe recht unterrichtet ist, wer Du bist und doch die Sonne seiner Gnade über Dir leuchten läßt, dann wittert er ein gutes Geschäft mit Dir. Übrigens ist er ein Mensch nicht gewöhnlichen Schlages. Wenn man es vom Ringkämpfer und Pfandhausbesitzer so weit bringt wie Robbe, dann muß schon etwas in ihm stecken. Tatsache ist, daß er viel Gutes tut und eine ungeheuer offene Hand hat."

„Ja, Marianne weiß sie zu öffnen, sagte Martin. „Sie adelt seinen Reichtum. Wer Marianne kennt, der muß sie lieben. Sie ist immer wie ein schönes Erlebnis."

Irene, die gerade neben ihm stand, fuhr mit unbewußt mütterlicher Bewegung zart über sein dichtes, blondes Haar.

„Es ist so schön," sagte sie mit weicher, warmer Stimme, „daß man in dieser Trostlosigkeit noch soviel Idealismus findet. Gib uns davon ab, Martin — oder nein, besser noch, bewahre ihn Dir ganz und gar."

Martin stand auf. „Ja, so bin ich nun einmal, wo ich vertraue, vertraue ich schrankenlos. Und nun habt Dank für diese schönen Stunden. Es war ein seltener Festtag für mich arm und einsam Gewordenen."

Er zog ehrerbietig Irenens Hände an seine Lippen.

„Du bist hier zu Hause, Martin," sagte sie mit schlichter Güte. „Mach Gebrauch davon, so oft Du willst."

„Und wenn ich Dir bei Robbe etwas nützen kann, verfüge über mich," setzte Eberhard hinzu. „Die kleine Gertraude hängt sehr an Irene. Halt uns auf dem Laufenden."

Mit einem sonnigen Gefühl ging Martin heim. Es gehörte nicht viel dazu, um ihn dankbar und froh zu stimmen. Seine Poetennatur war bescheiden. Nun eilte er, um sein Marianne gegebenes Versprechen einzulösen und Dr. May seine „Weltbürger" zu überbringen.

Als er in sein Zimmer trat, schlug ihm eine behagliche Wärme entgegen. Aus dem Ofen quoll ein glühender Feuerschein. Zum ersten Male in diesem Winter. Er blieb an der Türe stehen. Träumte er? Nahmen denn die Überraschungen heute kein Ende? Rasch machte er Licht. Auf seinem Schreibtisch standen Blumen. Treibhausveilchen. Sie verbreiteten einen süßbetäubenden Duft. Und da lag ein Brief. Von Marianne. Sie schrieb:

„Werden Sie auch Dr. May nicht vergessen, Martino? Sie haben es mir versprochen.

Ich möchte, daß Sie arbeiten, Großes, Schönes, was alle Menschen freut. Geben Sie Wärme, die Welt und die Menschen sind so kalt und frieren.

Aber nehmen Sie auch ein bißchen Wärme. Ich brauche meine Kohlenkarte nicht, Sie können sie besser brauchen. Da ich Sie kenne und fürchte, daß Sie sie mir zurückschicken, lasse ich Ihnen gleich die Kohlen bringen. An die Arbeit, Dichter! Ich lasse durch die Veilchen grüßen. Pierettchen."

Marianne! sagte er ganz laut. Er hob die Veilchen zu sich empor. Marianne! sagte er noch einmal, als spräche er ein zartes, zärtliches Gedicht.

Behutsam stellte er sie zurück. Mit dem Brief in der Hand ging er in dem Zimmer auf und ab. Ach, Frauenhände, dachte er, wenn Ihr nicht unser Leben glätten würdet! Es ist Winter, und Ihr Frauen sprecht vom Frühling. Es ist Sorge und Qual, und Ihr sprecht von Arbeitslust und Ernte. Ein Mann ist Bettler, und Ihr macht ihn zum Herrscher. Dank? Ein armes Wort, Marianne. Liebe? Was willst Du mit meiner Liebe. Sie ist zu klein für Dich Treue? Immer und ewig.

Er blieb stehen.

(Fortsetzung folgt.)

ein, daß die Überschreitung der Fahrdämme mit gewisser Gefahr verbunden ist. Angesichts dessen weist das Starostwo Grodzkie von neuem alle Kraftwagenbesitzer, Chauffeure und Führer auf die Verfügung des Ministers für öffentliche Arbeiten und des Innenministers vom 6. Juli 1922 hin und ordnet strenge Innehaltung dieser Bestimmungen an. Zuwiderhandlungen werden mit strengen Geldstrafen geahndet; die Chauffeure und Führer setzen sich dabei dem dauernden Verlust der Chauffeurdiplome aus. Die Polizei wird alle Schuldigen rücksichtslos zur Strafe aufschreiben.

X **Zur Steuerung der Wohnungsnot** läßt die Komunalny Bank Kredytowy aus eigenen Mitteln ein Wohnhaus für 18 Familien am Wały Kościuszki (fr. Herfewall) errichten.

□ **Posener Wochenmarktspreise.** Auf dem heutigen (Montags-) Wochenmarkt zahlte man für das Pfd. Landbutter 2 800 000 M., für die Mandel Eier 1 900 000 M., das Pfd. Limburger Käse 1 Million. Kartoffeln 85 000—90 000 M., Mohrrüben 500 000 M., Zwiebeln 800 000 M., Rhabarber 1 Million, Äpfel 1—2 Millionen Erbsen 400 000 M., Bohnen 800 000 M., Schweinefleisch 1 300 000 M., Kalbfleisch 1 400 000 M., Speck 1 400 000 M., 1 Hering 200 000 M.

X **Einen prächtigen Anblick** bietet gegenwärtig an sternenklaren Abenden der Mars mit seiner ganz ungewöhnlichen Helligkeit, die den prächtigen Stern beinahe als kleinen Mond erscheinen läßt. Der Mars ist zurzeit auf der Wanderung in die Erdnähe und nimmt bis in den August d. Js. an Helligkeit und scheinbarer Größe merklich zu. Den gegenwärtigen prächtigen Anblick wird unser heutiges Geschlecht niemals wieder erleben, denn erst im Jahre 2003 wird der Stern sich wieder in der nämlichen Erdnähe befinden, wie gegenwärtig.

Posener Bachverein. Die Chorprobe kann morgen, Dienstag abend nicht stattfinden wegen der gleichzeitig tagenden Missions-Konferenz. Die Probe wird verlegt auf Sonnabend, 17. d. Mts. und beginnt für die Damen um 7½ Uhr, für die Herren um 8½ Uhr. Da sehr wichtige und eilige Uebungen vorliegen, ist vollzähliges Erscheinen des Chores dringend erwünscht.

Der gemischte Chor, Poznań, hatte seine Mitglieder und Freunde am Sonnabend zu einem Frühlingsfest in die Loge geladen. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden ertönte bald eine Reihe bekannter Volkslieder, von denen „In einem kühlen Grunde", „Sah ein Knab' ein Röslein steh'n" und „Draus' ist alles so prächtig" im Vortrag besonders gut gelangen. Je zwei Damen führten verschiedene Tänze vor, von Frühlingslust und Liebe sang ein Fräulein eine kleine Aufführung über die Freude am Gesang, und ein flott gespielter Einakter „Der neue Lehrer" fanden reichen Beifall. Der Mandolinenklub „Möwe" zeigte sein Können durch den Vortrag verschiedener Musikstücke. Zwischen den Vorträgen wurde auch dem Tanze gehuldigt. Für den Himmelfahrtstag ist ein Ausflug geplant, über den Näheres noch bekannt gegeben wird. Die Übungsstunden des Vereins finden regelmäßig Donnerstags um ½9 Uhr abends bei Fiedler, Górna Wilda (fr. Kronprinzenstraße) statt.

X **Jähe Todesfälle.** Am Sonnabend wurde auf dem alten St. Martin-Friedhofe in der Nähe der Bahnhofsbrücke ein nach ärztlicher Feststellung am Herzschlage verstorbener, offenbar dem Arbeiterstande angehörender unbekannter Mann im Alter von 60—65 Jahren tot aufgefunden. Er ist mittelgroß, dunkelblond, hat langen Schnurr- und Spitzbart, war bekleidet mit einem schwarzen Jackett, grauer Arbeitshose und grauer Weste, blau wattiertem Vorhemd, weißem Trikothemd, Barchendunterbeinkleidern, steifem schwarzen Hut und hatte bei sich eine Nickeluhr, eine Kaffeekanne, ein Taschenmesser, eine Brille, einen Zollstock, ein rotes Taschentuch und eine kurze Pfeife. Die Leiche wurde der Gerichtsleichenhalle in der ul. Młyńska (fr. Mühlenstraße) zugeführt. — Ebenfalls von einem jähen Tode überrascht wurde Sonnabend nachmittag 3 Uhr der 62jährige Arbeiter Michał Bogusławski aus der ul. Pocztowa 28 (fr. Friedrichstraße). Er war in Lussowo, Kr. Posen-Ost, beschäftigt gewesen und fuhr Sonnabend nachmittag mit seinem Arbeitgeber von dort nach Posen. Plötzlich bemerkte der letztere, daß Bogusławski tot neben ihm saß; ein Herzschlag hatte auch diesem Leben ein Ziel gesetzt.

Straßensperre. Die ul. Nowa (fr. Neuestr.) wird am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag dieser Woche wegen Auswechselung von Straßenbahnschienen für den Wagenverkehr geschlossen sein.

X **Ertrunken** ist Sonnabend nachmittag zwischen 5—6 Uhr an der Gerberdamm-Brücke der 10jährige Sohn Leon des Wachtmeisters Domagała aus der ul. Babińskiego 1 (fr. Seecktstr.) Seine Leiche ist bisher noch nicht gefunden worden. Der Knabe ist mittelgroß, blond und war bekleidet mit einem Manchester-Sportanzug und schwarzen hohen Schnürschuhen.

X **„Angenehme" Fahrgäste** hatte Sonntag früh ein Droschkenkutscher in sieben jungen Leuten, die ihn in der 6. Morgenstunde zu einer Maifahrt nach Solatsch dingten, als sie dort ankamen, aber nicht in der Lage waren, die Fahrt zu bezahlen, und das Weite suchten. Kurz entschlossen jagte der geprellte Droschkenkutscher hinter ihnen her, und schließlich gelang es ihm auch, einen jungen Mann festzuhalten. Nunmehr nahmen die anderen sechs für ihren Gefährten Partei und prügelten auf den Droschkenkutscher ein, so daß er seine Beute wieder fahren lassen mußte. Unerschrocken aber jagte er erneut hinter den Fahrgästen her. Schließlich gelang es ihm doch, einen von ihnen festzuhalten und als einen Leon Heinze aus der ul. Piotra Wawrzyniaka 20 (fr. Kaiser Friedrichstraße) festzustellen. Er hatte noch 2 Millionen Mark bei sich.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: durch Einbruch in das Wurmsche Waffengeschäft an der ul. Wjazdowa (fr. Am Berliner Tore) nach dem Einschlagen der Schaufensterscheibe drei Brownings, und zwar eine Mauserpistole mit der Nr. 24 008, eine zweite „Odgies" mit der Nr. 173 698 und eine dritte „Smok", ohne Nummer, sowie 75 Patronen im Gesamtwerte von 500 Millionen; von einem am Gerberdamm haltenden Wagen eines Landwirts aus dem Kreise Posen-West am Sonnabend um 10½ Uhr vormittags 5 Säcke, ein Mantel und ein Tuch; aus der ul. Wielka 19 (fr. Breite Straße) ein Fahrrad Marke „Torpedo"; in einer Kirche einer Dame aus dem Mantel 25 Millionen; in Główno aus einer Wohnung eine goldene Herrenuhr mit silberner Kette, ein Fernglas und 75 Millionen bares Geld im Gesamtwerte von 300 Millionen.

X **Polizeilich festgenommen** wurden am Sonnabend und Sonntag 3 Personen wegen Überfalls auf jüdische Mitbewohner 10 Dirnen 9 Betrunkene, 1 Dieb, eine Person wegen Unzuchtverdachts, 1 gesuchte Person.

* **Bromberg,** 11. Mai. Seinen 80. Geburtstag feierte am heutigen Sonntage unter Anteilnahme weiter Kreise ein alteingesessener Bromberger, der Fabrikbesitzer Karl Meckel, der 54 Jahre lang Mitinhaber der Firma Fielitz und Meckel, Ofenfabrik, Wilhelmstraße 3—4, gewesen ist. Er ist Kriegsteilnehmer von 1866 und 1870/71 gewesen und erfreut sich großer Rüstigkeit und Frische.

* **Graudenz,** 11. Mai. Auf dem Hofe des früheren Fischerschen Sägewerks sammelte ein gewisser Franz Brochomski Sägespäne. Er machte sich dabei an einem alten Bretterschuppen zu schaffen, der infolgedessen zusammenbrach und den Mann unter sich begrub. Im städtischen Krankenhause, wohin man ihn schaffte, ist der Verunglückte infolge starken Blutverlustes gestorben. — Der Einbruchsdiebstahl beim Müller im Kittnau hiesigen Kreises, bei dem die Täter Silbersachen im Werte von etwa 7 Milliarden raubten, ist von der hiesigen Kriminalpolizei aufgehellt worden. Ein Teil der gestohlenen Sachen fanden die Beamten an mehreren Stellen im Landkreise Graudenz vergraben vor.

* **Inowrocław,** 10. Mai. Der Kardinal-Erzbischof Dr. Dalbor ist am heutigen Sonnabend mit dem Eisenbahnzuge auf dem hiesigen Bahnhofe eingetroffen, von wo er in einem Kraftwagen durch die Stadt in der Richtung nach Montwy fuhr. Aus diesem Anlaß legten die Häuser Flaggenschmuck an.

* **Inowrocław,** 10. Mai. Wegen eines bei einem hier getöteten Hunde festgestellten Tollwutfalls ist die Hundesperre angeordnet worden. — Verhaftet wurden auf dem Mittwochsmarkt die Einwohnerinnen aus Rabinek, Michalina Kujawa, Helena Lewandowska und Marjanna Stachowiak, die einem Händler ein Stück Kurzware stehlen wollten, hierbei aber von einem Polizisten beobachtet und festgenommen wurden. — Vermißt wird seit Mittwoch, dem 7. d. Mts., der bei seinen Eltern an der ul. Pakoska wohnhafte 12jährige Szymański.

* **Lissa i. P.,** 11. Mai. Die Freiwillige Feuerwehr wurde Mittwoch abend nach dem Dominium Garzyn berufen. Die vor zwei Jahren schon einmal abgebrannte und im vorigen Jahre wieder neu erbaute, an der Chaussee gelegene große Scheune stand über und über in Flammen und brannte vollständig nieder. Mitverbrannt sind zwei Dreschmaschinen und in der Scheune liegendes Stroh. Da die Scheune zu gleicher Zeit an verschiedenen Stellen brannte, muß mit Brandstiftung gerechnet werden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Krakau,** 10. Mai. Der „Kurjer Poranny" stellt fest, daß in der ersten Hälfte des April allein in Krakau nicht weniger als 14 Selbstmorde vorgekommen sind. Die Mehrzahl der Unglücklichen sind Frauen.

* **Warschau,** 5. Mai. Wie der „Przegl. Wiecz." erfährt, hat die Bank Handlowy nicht weniger als 500 Angestellten auf einmal gekündigt. Man hatte zwar angenommen, daß eine erhebliche Personalverminderung eintreten würde, hatte aber nicht damit gerechnet, daß gleich eine so große Anzahl von Angestellten brotlos werden würde. In Angestelltenkreisen faßt man diese Entlassungen zum Teil als eine Druckmaßnahme auf, um die Löhne allmählich tiefer herabsetzen zu können, ohne dabei auf den Widerstand der Angestellten zu stoßen.

* **Warschau,** 9. Mai. Heute mittag wurden die zahlreichen Besucher des Ujazdowski Parks durch eine Selbstmordszene in große Aufregung versetzt. Eine 19jährige Lehrerin namens Konstantine Hanusz schoß sich eine Revolverkugel in den Kopf. Motiv: Betrogene Liebe.

* **Warschau,** 9. Mai. Eine Familie von acht Köpfen ist, wie die „Rzeczp." meldet, in der Ortschaft Danilowo im Kreise Wysoko-Mazowieck von unbekannten Tätern ermordet worden. Es handelt sich um einen Raubmord. Die Täter vermuteten, daß der Hausherr Pietrasewicz größere Geldbeträge im Hause habe.

Aus Ostdeutschland.

* **Breslau,** 9. Mai. In seiner Wohnung hat sich der bekannte Scharfrichter Schwietz erschossen. Das Motiv zur Tat ist in Nahrungssorgen des Vierundsiebzigjährigen zu suchen. Mit Schwietz scheidet im Verlaufe eines Vierteljahres der zweite deutsche Scharfrichter durch Selbstmord aus dem Leben. Es ist noch in Erinnerung, daß sich vor ungefähr drei Monaten der Gastwirt Spaethe, der bis zu seinem Tode aktiv als deutscher Scharfrichter tätig war, aus Gram über den Tod seiner Ehefrau gleichfalls erschoß. Der jetzt aus dem Leben geschiedene Schwietz lebte seit mehreren Jahren im Ruhestand.

* **Sensburg,** 8. Mai. Eine schwere Bluttat wird aus Awehden im hiesigen Kreise gemeldet. Der Besitzersohn Guziewski erschoß dort hinterrücks seine Schwester und deren Ehemann Koslowski. Das Kind des Ehepaares, das die Mutter auf dem Arme trug, wurde schwer verletzt. Der Mörder stellte sich darauf selbst dem Gendarmen. Der Grund der unseligen Tat ist in Feindseligkeiten zu erblicken, die sich aus der Vererbung des Grundstückes auf den getöteten Koslowski ergeben hatten.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Bromberg,** 10. Mai. Wie die „Gazeta Bydgoska" erfährt, hat das Oberste Gericht in Warschau in seiner Sitzung vom 7. d. Mts. das Urteil des Bromberger Bezirksgerichts gegen den seinerzeit wegen Wuchers angeklagten Kaufmann Ziolkowski von hier aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung dem Bezirksgericht Gnesen überwiesen.

* **Culm,** 7. Mai. Der frühere Besitzer des hiesigen Hotels „Culmer Hof", Herr Albrecht, tauschte sein Hotel vor vier Jahren gegen ein solches in Marienwerder um, das dem polnischen Fiskus gehörte und in dem damals die interalliierte Kommission wohnte, die die Abstimmung überwachen sollte. Den im Hause befindlichen Laden vermietete der jetzige Hotelpächter Kozłowski an den Fahrradhändler Kriewald und verlangte von ihm eine jährliche Miete von 100 Ztr. Roggen, während Kozłowski für das ganze Hotel nur 50 Millionen Mark Pacht an den Staat zahlte. Er hatte sich deshalb wegen Wohnungswuchers vor der Strafkammer in Thorn zu verantworten und wurde, wie die „Deutsche Rundsch." berichtet, zu zwei Monaten Gefängnis und empfindlicher Geldstrafe verurteilt.

* **Konitz,** 10. Mai. Wegen falscher Beschuldigung hatte sich, wie das „Konitz. Tagebl." berichtet, der ehemalige Vorsteher des hiesigen Urząd Skarbowy, Herr Wladislaus Gelb von hier, vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, wissentlich falsche Beschuldigungen über bestimmte Personen seiner vorgesetzten Behörde übermittelt zu haben. Er hat u. a. von einem hiesigen Angestellten des Urząd Skarbowy berichtet, daß er geheime Amtsbriefe, die vom Urząd Skarbowy Graudenz kamen, und auch solche, die dorthin entsandt wurden, öffne und den Inhalt derselben der Öffentlichkeit preisgebe. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von 2½ Monaten.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

E. W. in K. Wir können von unserer grundsätzlichen Forderung, daß uns bei Briefkastenanfragen die Bezugsquittung vorzulegen ist, auch in Ihrem Falle nicht ablassen.

Musikalische Feierstunde in der Christuskirche.

Am gestrigen Jubilate-Sonntage, nachmittags 5 Uhr, fand zur Aufbringung der Mittel für die Aufrechterhaltung der Diakonissenstation der Christusgemeinde in dem prächtigen Gotteshause eine musikalische Feierstunde statt, auf die auch die Bezeichnung musikalische Weihestunde Anwendung finden könnte. Denn eine Weihe ging von den im Halbdunkel liegenden geweihten Räumen auf die auch aus anderen Posener Schwestergemeinden erschienenen Zuhörer aus und versetzte diese in die rechte Andachtsstimmung für die Aufnahme der mannigfachen Instrumental- und Vokalgenüsse, für die verschiedene musikalische Kräfte ihre hervorragenden Gaben zur Verfügung gestellt hatten. Die Vortragsfolge bestand aus drei Teilen. Im ersten trug sie dem Charakter des Jubilate-Sonntags durch Begrüßung des Frühlings Rechnung; der zweite Teil stand unter der Devise „Barmherzigkeit Gottes und unsere Barmherzigkeit", und der dritte gab der christlichen Hoffnung vom „Sterben und Auferstehen" Ausdruck und lenkte die Herzen himmelwärts. Die Feier- und Weihestunde leitete ein mit vollendeter Technik und trefflichem Ausdruck vorgetragenes Orgelvorspiel ein, das in seiner Meisterschaft den Beweis dafür erbrachte, welche Klangfülle und -Schönheit von kundiger Hand aus den Registern der Orgel hervorgelockt werden kann. Es folgte eine Reihe von Perlen unserer bedeutendsten Komponisten, wie Schumann, Schubert, Friedemann Bach, Krebs, Cornelius, Bruch, Händel usw.

Herr Bankdirektor Böhmer hatte wieder einmal, wie so oft, seine schöngeschulte Baßstimme in den Dienst der guten Sache gestellt und verstand es, durch formvollendeten Vortrag und sinngemäßes Haushalten mit seinen vortrefflichen Stimmitteln vom zartesten Piano bis zum stärksten Fortissimo die Zuhörer für seine sinnig ausgewählten Lieder zu begeistern. Den schönsten Triumph feierte er mit Friedemann Bachs „Kein Blümlein wächst auf Erden", Bruchs „Es ist ein Kriegsmann, der heißt Tod" und der Arie: „Vernehmet, ich sprech ein Geheimnis aus" aus Händels „Messias". — Fräulein Helpape, die unseres Wissens gestern zum ersten Male in der Öffentlichkeit auftrat, verfügt über eine schöne, zwar nicht allzu umfangreiche Sopranstimme, die bei weiterer fleißiger Schulung für die Zukunft noch viel Gutes verspricht, und der man zweifellos in der Öffentlichkeit gern wieder begegnen wird. In Schuberts „Die linden Lüfte sind erwacht" machte sich noch eine gewisse Befangenheit bemerkbar, von der sich Fräulein Helpape bei den folgenden Liedern frei machte. Recht ansprechend war ihr Vortrag des „Vaterunser" in der Komposition von Krebs und des Kögelschen „In den blauenden Morgen hinein" in der Vertonung von Becker. Den Kehrreim hierzu „Mache mich selig, o Jesu" sang tief ergreifend der Schwesternchor des Diakonissenmutterhauses unter der bewährten Leitung von Frau Pastor Sarowy. Dieser Chor hatte vorher die Zuhörer durch eine Reihe ausgezeichnet vorgetragener Chorgesänge erfreut, die das Bortnianskysche „Horch! es rauscht wie Windeswehen" mit seinem Refrain „Jubilate" verheißungsvoll einleitete. Sämtliche Vorträge des Chores zeugten von der herzinnigen freudigen Hingabe der lieben Schwestern an die edle Frau Musika und der vortrefflichen Schulung der prächtigen Stimmen durch die ausgezeichnete Leiterin des Chores. — Die Begleitung zu den Liedern hatte Fräulein Hertha Rhode mit vollendeter Sicherheit und Umsicht in dankenswerter Weise übernommen.

Als das Orgelschlußspiel mit dem bekannten prächtigen Motiv verklungen war, da standen alle Zuhörer unter dem Eindruck, eine wirklich genußreiche Feierstunde erlebt zu haben, für die allen beteiligten musikalischen Kräften inniger Dank gebührt. Ganz besonders auch der herzliche Dank der Christusgemeinde dafür, daß ihr die Mittel für die Aufrechterhaltung ihrer Diakonissenstation wenigstens für die nächste Zukunft aus der Veranstaltung gesichert worden sind.

hb.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Unter „Ausschluß" der deutschen Wissenschaft.** Zu dem Ausschluß deutscher Forscher von dem „Internationalen" Geographenkongreß in Kairo wird aus Wien mitgeteilt, daß der Boykott sich auch auf Österreich und wahrscheinlich auch auf dessen übrige Verbündete im Weltkrieg erstrecke. Ferner soll in Rom in diesem Jahre ein „internationaler" Chirurgenkongreß stattfinden. Die Franzosen haben sich bei den Vorverhandlungen zwar bereit erklärt, die deutsche Sprache als Kongreßsprache zuzulassen, wollen aber den deutschen Teilnehmern verbieten, an der Diskussion teilzunehmen. Die deutschen Chirurgen werden nun die Konsequenz ziehen und, wie der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie mitteilt, sich nicht an dieser „internationalen" „wissenschaftlichen" Veranstaltung beteiligen.

— **Eine wichtige Karte.** Gerade zur rechten Zeit erscheint in einer neu bearbeiteten und verbesserten Ausgabe Flemmings Generalkarte von Rußland (Mk. 3.—) im Verlag Carl Flemming und C. T. Wiskott A.-G. Berlin W. 50. — Bei dem außerordentlich regen Interesse für alles, was mit Rußland zusammenhängt, dürfte die im Maßstabe 1 : 4.500.000 hergestellte Karte, die ein Format von 71 × 90 Zentimeter hat, besonders für alle politisch Interessierten, aber auch für jeden, der mit Rußland in wirtschaftliche Verbindung treten will, sehr willkommen sein. Die mit einem Ortsregister versehene Karte veranschaulicht die heutige Grenze und Inneneinteilung nach neuestem amtlich-russischen Material. Neben fast 5000 Ortsnamen sind die wichtigsten Verkehrswege (Eisenbahnen, Chausseen, Flüsse und Kanäle, Hauptfunkstationen und Telegraphenlinien), Bergwerke usw. eingetragen. Ein besonderer Vorzug ist das sauber gestochene Terrain in Braundruck. 14 Nebenkarten und Statistiken unterrichten erschöpfend über russische Geschichte, Umfang und Einteilung des alten Rußland sowie die Einteilung der Sowjetrepubliken, das russische Reich in seiner Gesamtausdehnung (europäisches und asiatisches Rußland), Völker und deutsche Siedlungen, Klima und Niederschläge, Bodenschätze und Industrie, Handel und Verkehr, Münzen, Maße und Gewichte. Die Karte ist vom Verlag und durch jede Buchhandlung zu beziehen.

— **Japan und die Kant-Feier.** Wie erst jetzt bekannt wird, ist die zweihundertste Wiederkehr des Geburtstages Kants auch in Japan am 26. April feierlich begangen worden. Die Studenten der Universität in Tokio versammelten sich, und die Professoren der Universität hielten Reden über das Leben Kants und dessen Verdienste um die Philosophie. — Auch andere Universitäten Japans hielten Festversammlungen ab.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Handel.

Russische Exportwaren auf dem deutschen Markt. Nach Angaben der Berliner russischen Handelsvertretung ist auf dem deutschen Markt für russischen Hanf eine gewisse Zurückhaltung eingetreten, die sich daraus erklärt, daß die der Handelsvertretung abgenommenen Januarbestände noch nicht abgesetzt werden konnten. Außerdem fehlte es auch an Hanf bei der Handelsvertretung selbst wie auf Lager. Die Preise erreichen zurzeit ca. 58—60 Pfund Sterling je Tonne für Smolensker Ware und 65—68 Pfd. St. für Tschernigower Ware. Stärker ist dagegen die Nachfrage nach russischem Hanf auf dem englischen Markt. Obwohl die Preise stark schwanken, halten sie sich doch im allgemeinen auf verhältnismäßig hohem Stande. Die Berliner Handelsvertretung hat ihre regelmäßige Frühjahrsauktion für Rauchwaren auf den 19. Mai verlegt, um eine Klärung der Konjunktur auf dem Weltmarkt abzuwarten. Der Leipziger Rauchwarenmarkt litt in den letzten zwei bis drei Wochen unter dem Besuch vieler großer Firmen auf der Londoner Auktion, deren Resultate gezeigt haben, daß für alle Rauchwaren Nachfrage vorhanden ist. Dabei sind die Preise auf dem Januarstande geblieben.

Verkehr.

Die kürzlich vorgenommene Erhöhung der polnischen Frachttarife hat in rumänischen Wirtschaftskreisen außerordentlich starke Erregung hervorgerufen, da durch diese Erhöhung der Transitverkehr rumänischen Getreides durch Polen so gut wie unmöglich gemacht werde. Man erblickt in dieser Maßnahme eine Äußerung feinseliger Gesinnung Polens gegenüber Rumänien und fordert die Regierung auf, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, so z. B. die Frachttarife für polnische Waren heraufzusetzen und den ganzen Transitverkehr über Ungarn zu leiten.

Industrie.

Die Versorgung der russischen Wollindustrie mit Rohstoffen liegt seit einiger Zeit größtenteils in der Hand der gemischten Gesellschaft Scherstj, neben der noch der Jugowoscherstj, der Turkscherstj und das allrussische Textilsyndikat in Frage kommen. Im verflossenen Jahre wurden im ganzen 459 000 Pud grobe, 95 000 Pud halbgrobe und 180 000 Pud Merinowolle aufgekauft. Von der A.-G. Scherstj wurde das vorgesehene Versorgungsprogramm für grobe Wolle zu 81 Prozent, für halbgrobe zu 57 Prozent und für Merinowolle zu 78 Prozent erfüllt. Die staatlichen Organe waren bei der Versorgung für diese Saison nur mit 18—20 Prozent beteiligt. Die Verkaufspreise für jede Art von Wolle sollen künftig durch die Preiskommission des Innenhandelskommissariats festgesetzt werden, desgl. auch der Verlustprozentsatz für die Wollwäscherei. Gegenüber anderslautenden Meldungen, die kürzlich in die Presse gelangten, sei ausdrücklich festgestellt, daß die Ausfuhr von Rohwolle aus Rußland noch nicht wieder freigegeben und nur hinsichtlich einiger Sorten insoweit gestattet ist, als sie von der einheimischen Industrie nicht verwendet werden können. Da der Wiederaufbau der Schafzucht in Rußland noch sehr langsam vonstatten geht, ist aber die restlose Versorgung der russischen Wollindustrie mit Rohstoffen vorläufig noch nicht gesichert, so daß praktisch auch eine Ausfuhr von Rohwolle gar nicht in Betracht kommt.

Geldwesen.

Polnische Staatsgarantien für Pfandbriefe usw. In der letzten Ministerratssitzung wurde beschlossen, daß der polnische Staat für die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen von Institutionen, die langfristige Kredite erteilen, d. h. Pfandbriefe herausgeben, Sicherheit leisten solle. Begründet wurde dieser Beschluß damit, daß es Pflicht des Staates sei, der Wirtschaft bei ihrem Wiederaufbau zu helfen, daß aber verschiedene Verhandlungen mit dem Auslande gezeigt hätten, daß fremde Kredite nur bei Übernahme der Sicherheit durch den polnischen Staat zu haben wären. Bemerkt wurde hierbei, daß der Absatz von Pfandbriefen und ähnlichen Papieren augenblicklich in Polen selbst überhaupt unmöglich sei.

Von den Banken.

Danziger Privat-Aktien-Bank, Danzig. In der gestrigen Generalversammlung der Danziger Privat-Aktien-Bank wurde, nachdem der Vorsitzende des Verwaltungsrats dessen verstorbenen Mitgliedern, Kommerzienrat F. B. Stoddart und Dr. jur. Hans Jordan, einen ehrenvollen Nachruf gewidmet hatte, die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung über das Geschäftsjahr 1923 vorgelegt. Der Vorstand hatte in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß die vorgelegte Papiermark-Bilanz ohne Bedeutung sei, ihre Vorlage aber gemäß Gesetz und Statut zu erfolgen habe, indessen keinen Überblick über die Vermögenslage sowie die Geschäftsentwicklung bieten könne. Mit Zustimmung sämtlicher erschienenen Aktieninhaber wurde die Beschlußfassung über die Genehmigung des Abschlusses und die Entlastung der Organe der Gesellschaft bis zur Vorlegung der Umstellungs- bzw. Eröffnungs-Bilanz in Gulden zurückgestellt. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der turnusgemäß ausscheidende Kaufmann Herr Max Richter-Zoppot in den Verwaltungsrat wiedergewählt und an Stelle des verstorbenen Herrn Dr. Jordan Herr Kaufmann Walter Schönberg in Firma Holzexport W. Schönberg & Co., Danzig, neugewählt.

Von den Märkten.

Vom russischen Metallwarenmarkt. Obwohl der Verband der Metallsyndikate für den 1. April neue ermäßigte Preise für den Metallwarenmarkt festgesetzt hat, ist die abwartende Haltung noch nicht aufgegeben worden. Der Beginn der Bausaison hat keinen Einfluß auf den Metallwarenmarkt ausgeübt. Nur die Nachfrage für Nägel ist etwas gestiegen. Der Mangel an Zink und Messing hält weiter an. Etwas stärker ist die Nachfrage nach Werkzeugen und landwirtschaftlichen Maschinen gewesen. Für österreichische Sensen wurden 90 Kopeken gezahlt.

Altmetalle. Berlin, 10. Mai. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Altkupfer 107—112, Altrotguß 90—94, Messingspäne 74—76, Gußmessing 81—86, Messingabfälle 98—100, Altzink 40—43, neue Zinkabfälle 48—50, Altweichblei 39—42, Alumin., Blechabfälle 190—196.

Metallene Halbfabrikate. Berlin, 10. Mai. (Notierung in Goldmark für 100 kg.) Aluminiumbleche, Drähte, Stangen 320, Aluminiumrohr 500, Kupferbleche 188, Kupferdrähte, Stangen 166, Kupferrohre o. N. 178, Kupferschalen 255, Messingbleche, Bänder, Drähte 170, Messingstangen 139, Messingrohre o. N. 185, Messingkronenrohr 200, Tombak mittelrot, Bleche, Drähte, Stangen 205, Neusilberbleche, Drähte, Stangen 285, Schlaglot 190.

Börse.

Warschauer Börse vom 10. Mai. Devisen sind unverändert geblieben. Für den Franken (Paris-Brüssel) ist das Interesse wieder stärker geworden. Staatspapiere: Goldanleihe 8.00, Złotybons 0.75, Miljonówka 0.40. Effekten im allgemeinen schwach. Es notieren Bankwerte: Dyskontowy 8.25, Handlowy 11.75, Kredytowy 1.35, Małopolski 1.00, Handlowy Posen 4.00, Zachodni 3.00, Związ. Spół. Zarobk. 6.50. Industriewerte: Sole Potasowe 7.50, Kijewski 0.60, Puls 0.65, Strem 28, Zgierz 4.25, Siła i Światło 0.70, Chodorow 6.25, Czersk 1.20, Częstocice 3.60, Gosławice 2.00, Michałow 0.95, W. Tow. Fabr. Cukru 5.80, W. T. K. Węgla 7.25, Polska Nafta 0.75, Nobel 2.30, Cegielski 0.90, Fitzner u. Gamper 10.00, Rau 0.90, Modrzejów 13.00, Norblin 0.90, Ostrowskie Zakł. 13.25, Pocisk 1.50, Zieliński 0.90, Rudzki 2.40, Starachowice 4.55, Trzebinia 1.00, Ursus 2.90, Zieleniewski 13.00, Zawiercie 67.00, Żyrardów 50.50, Ćmielow 1.10, Haberbusch 9.00, Spiritus 3.00, Ostrowite 2.00, Wulkan 8.50.

Berliner Börse vom 10. Mai. (In Billionen Mark.) Amsterdam 157.60, Brüssel 20.75, Christiania 58.95, Kopenhagen 71.82, Stockholm 111.47, Helsingfors 10.57, Mailand 18.95, London 18.405, Neuyork 4.19, Paris 25.34, Schweiz 74.61, Spanien 58.10, Japan 1.675, Wien 5.98, Prag 12.46, Jugoslawien 5.18, Budapest 4.48, Sofia 3.14, Danzig 73.61.

Die übrigen Börsen- und Markttelegramme sind ausgeblieben.

Warschauer Vorbörse vom 12. Mai.

(In Złoty).

Dollar $5.18^1/_2$—5.19. Engl. Pfund 22.55. Schweizer Franken 91.60. Franz. Franken 30.70.

Warschauer Börse vom 10. Mai.

Devisen (in Złoty):

Belgien	25.60	Prag	$15.27^1/_2$
London	22.70	Schweiz	92.15
Neuyork	$5.18^1/_2$	Wien	$7.32^1/_4$
Holland	194.10	Italien	23.20
Paris	31.10—31.08	Złotybons	0.75

Danziger Mittagskurse vom 12. Mai.

1 Złoty	1,10½ Gulden
1 Dollar	5,69 „

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 12. Mai 1924.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen	20.00—22.00	Viktoria-Erbsen	27.75—33.25
Roggen	11.75—12.75	Buchweizen	15.50—17.50
Weizenmehl (65 % inkl. Säcke)	34.50—36.50	Eßkartoffeln	4.50—5.00
		Fabrikkartoffeln	3.00—3.50
Roggenmehl (70 % inkl. Säcke)	17.70—20.70	Roter Klee	67.00—128.00
		Weißer Klee	110.00—165.00
Gerste	12.20	Blaue Lupinen	6.10—7.20
Braugerste	15.00—16.00	Gelbe Lupinen	6.80—9.25
Hafer	11.75—12.75	Wicken	8.00—8.75
Weizenkleie	9.00	Peluschken	8.25—9.25
Roggenkleie	8.50	Seradella	6.75—7.75
Felderbsen	11.10—14.45	Raps	—,—

Die Marktlage blieb fortgesetzt unverändert. — Tendenz: fest.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Złoty:

Wertpapiere und Obligationen:	12. Mai	10. Mai
Bony Złote	0.70—0.65 Złoty	0.65—0.63 f. ein.
8proz. Państwowa Pożyczka Złota	0.75 für einen Zł.	—.—
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	—,—	3 für einen Meterzentner
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	2.50	2.50
Bank Przemysłowców I.—II. Em. (exkl. Kup.)	3.40	3.40
Bank Zjednoczenia I.—III. Em.	—,—	0.70
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em. (exkl. Kup.)	6.50—6.75	5.75
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX. (exkl. Kupon)	4	4
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. (exkl. Kup.)	1.50	1.50
Bank Młynarzy I.—II. Em.	0.50	—,—
Industrieaktien:		
R. Barcikowski I.—VI. Em.	—,—	—,—
Brzeski Auto I.—III. Em.	2.50	—,—
H. Cegielski I.—IX. Em.	0.90	0.90
Centrala Rolników I.—VII. (o. Kup.)	—.—	—.—
Centrala Skór I.—V. Em.	—,—	3.25—3.10
Cukrownia Zduny I.—III. Em.	78	—.—
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	0.25	—.—
C. Hartwig I.—VI. Em. o. Bezugsr.	0.55—0.50	—.—
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	4.25	4.05—4.10
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	—.—	0.55
Iskra I.—IV. Em. exkl. Kup.	1.75	1.70
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	—.—	70
Dr. Roman May I.—IV. Em.	35	35—37—36
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	1.70	—.—
S. Pendowski I.—III. Em. exkl. Kup.	0.65	—.—
Płótno I.—III. Em.	0.60—0.55	0.50—0.55
Pozn. Spółka Drzewna I.—VII. Em.	1.55—1.60	1.50
Pneumatik I.—IV. Em. ohne Bezugsr.	—,—	0.25
„Unja“ (früher Bentzki) I. u. III. Em.	7.10	7—7.10
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	16	16
Wojciechowo Tow. Akc. I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	—,—	0.60
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em.	0.40	0.35—0.40
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em. exkl. Kup.	1.80	—,—

Tendenz: behauptet.

Ostdevisen in Berlin vom 10. Mai. Freiverkehr. (Kurse in Billionen Mark für je 10 Millionen polnische Mark, Warschau, Kattowitz und Polennoten für 100 Złoty, übrige je 100 Einheiten.) Auszahlung: Warschau 81.71 G., 83.79 B., Bukarest 2.16 G., 2.19 B., Riga 81.92 G., 83.58 B., Reval 1.12½ G., 1.15½ B., Kowno 41.83 G., 42.67 B., Kattowitz 81.96 G., 84.04 B. — Noten: polnische 79.46 G., 83.54 B., lettische 80.68 G., 84.32 B., litauische 40.22 G., 42.28 B.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

J. KADLER vorm. O. DÜMKE Möbelfabrik POZNAŃ, ul. Fr. Ratajczaka 36 (Eingang durch den Hof) empfiehlt Speise-, Herren- und Schlafzimmer Einzelmöbel aller Art - Kücheneinrichtungen Klubmöbel in echt Leder und Gobelin in bekannter erstklassiger Verarbeitung.

Hausverwaltungen, bausachkundige Beratungen, Bauausführung, Taxationen.

Martin Placzek, Zivilingenieur, Berlin W. 15. Kaiserallee 213 (früher Poznań).

Auswanderer!

Auf unserem Rittergute, Mitte Ostpreußen, guter Boden, können noch einige **Ansiedlerstellen** vergeben werden.
Posen-Westpreußische Flüchtlingsheimat, Joseph Waternowski, Geschäftsführer, Berlin S. 14

Achtung, Hausbesitzer!

Handwerker, die selbst Eigentümer sind, **suchen Verwaltungen mit Ausführung sämtlicher Reparaturen.** Denn die Häuser, die von den Mietervertretern verwaltet werden und dadurch sehr abgewirtschaftet sind, verlieren dadurch immer mehr an Wert.

Käßner u. Haase Eigentümer
Berlin O. 112, Friedrich Karlstraße 9/10.

Neu! Soeben erschienen! Sofort lieferbar! **Neu!**

Dr. Thieme und B. Schuster

Das polnische Liquidationsverfahren

Ein Handbuch für die Praxis.
238 Seiten Großoktav-Format.
Broschiert 12 Zloty. — Gebunden 15 Zloty.
Nach auswärts unter Streifband und Nachnahme mit Hinzurechnung der Spesen.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abteilung: Versandbuchhandlung.
Zwierzyniecka 6. Poznań Zwierzyniecka 6.

Frankfurter Oder-Zeitung

Das seit einem Jahrhundert eingebürgerte Heimatblatt des Brandenburgers

Größte und weitaus verbreitetste Zeitung der Provinz Brandenburg und der deutschen Ostmark.

Kleine Anzeigen (Grundstücks- und Stellenmarkt) sind von größter Wirkung. Nach Verbreitung und Reichhaltigkeit des Anzeigenteiles ist die „Frankfurter Oder-Zeitung“ das

Hauptanzeigenblatt des mittleren deutschen Ostens

Château Yquem

den besten Weißwein Frankreichs empfehlen
NYKA & POSŁUSZNY
Erstklassiges Wein- und Spirituosen-Versandhaus.
Telephon 1194 Poznań Wrocławska 33/34.



Dom Ekspedycyjno-Handlowy

Inh. Gustaw Kawecki vorm. R. Pitzner
Amtlicher Bahnspediteur
Gniezno, ul. 3 Maja 59 (Nollaustrasse). Telephon Nr. 49
empfiehlt zu Konkurrenzpreisen en gros und en détail

Kohle Oberschlesische, jeder Gattung
Koks
Kalk gelöscht und in Stücken
Pappe
Teer
Klebemasse
Verschiedene **Maschinenöle**
Benzin und **Wagenschmiere.**

Arbeitsmarkt

Für den Verkauf von Chromo-Papieren u. Chromo-Kartons an Kunstanstalten usw. wird für sofort ein erstklassiger gut eingeführter

Stadt-Vertreter

gesucht. Angaben der bisherigen Tätigkeit und kurzen Lebenslauf erwünscht. Offerten unter **L. Z. 6364** an **Rudolf Mosse, Leipzig.**

Gesucht zum 1. Juli oder 1. August ein unverheirateter

Brennereiverwalter,

zuverlässig, gut empfohlen, der kleine Reparaturen selbst ausführt. Gehaltsansprüche und Zeugnisse zu senden an

Geheimrat Jonas, Szydłowo, pow. Mogilno.

Für unsere Steindruckerei-Abteilung suchen wir möglichst bald **einen tüchtigen**

Steindruck-Maschinenmeister.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Jungen **Konditorgehilfen** für Handbetrieb stellt sofort ein
Hugo Schittenhelm, Chełmża, Pomorze

Zu sofort oder **1. Juni d. J.** wird für hiesige Genossenschafts-Molkerei

Molkerei-Lehrling

mit guter Schulbildung, nicht unter 16 Jahren, **gesucht.** Lehrzeit 2 Jahre. (7094
Molkerei-Genossenschaft Kokocko, pow. Chełmno.

Suche per sofort ehrliches, sauberes

Dienstmädchen

mit guten Zeugnissen. Anmeld. von 3—6. Off. unt. **7125** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Stellengesuche.

Suche Beschäftigung
Schaischermeister J. Sławski, Poznań, Łazarska 8.

Hausdame, deutsch-evang., letzte Stelle auf größerem Gute 15 Jahre, sucht von bald, auch später, passenden **Wirkungskreis,** evtl. auch Vertretung. Gefl. Angebote an **Frl. Knöchel, Rittergut Stolno na Małe Czyste, pow. Chełmno, Pomorze.**



Poznań ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4011

Trio

per 15. Mai d. Js. gesucht. Offerten unter **7128** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Forstlehrling,

nicht unter 16 Jahren, mit guter Schulbildung, evangelisch, **zum 1. Juli d. Js. gesucht.**
Gerlach, Forstverwalter, Ludwikowo, p. Kobylnica, pow. Poznań wschód.

Suche zum sofortigen Antritt eine **evangelische**

Erzieherin

für 3 Kinder im Alter von 7—10 Jahren. **Bitte Bewerbungen** mit Angabe der Gehaltsforderung.
Frau M. Klock, Korytnica, p. Raszków.

Suche zum 1. Juli oder später **Stellung** als

Hauslehrerin

oder an **Privatschule.** Bin 23 Jahre alt, **evangelisch,** im Besitze der poln. Staatsangehörigkeit und Unterrichtserlaubnis. Könnte auch **Kantorat** übernehmen. Gefl. Zuschriften unter **D. B. 7135** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ehrliches, fleißiges und sauberes

Mädchen,

welches kochen kann, der **polnischen** und **deutschen** Sprache mächtig, ist in nächster Nähe **Bila-Bielitz** gesucht **per sofort.** Bei Engagement Reise vergütet. Gefl. Offerten mit Angabe des Diensteintrittes an (7108
Direktor Thier-Biala (Kl. Polen). Postfach Nr. 7.

Für kinderlosen Haushalt wird

junges Dienstmädchen

nach auswärts **gesucht.** Angeb. u. **7136** a. d. Gesch. d. Bl. erb.

Suche für meinen Sohn, $17\frac{1}{2}$ J. alt, welch. das Brennereifach erlernt hat, von ... oder später

Stellung als Gehilfe,

am liebsten in Brennerei, wo elektr. Lichtanlage u. Kartoffeltrocknungsanlage vorhanden. Gefl. Offerten bitte unter **B. 7142** an die Geschäftsst. d. Blatt. zu senden.

Hausschneiderin zum Umarbeiten und Weißnähen gesucht. **Gartmann,** Poznań, Górna Wilda 92.

Kindergärtnerin

sucht Stellung zum 1. Juni 1924. Näheres an **Hermann Baumüller,** Ostrów ul. Raszkowska 30 (Poznański).

Selbständiger polnisch-deutscher Korrespondent,

mit gutem Engl. u. Franz., akademischer Bildg., Ia Referenzen, Kenntnis der Buchhaltung und langjähriger Praxis als (6573

Handelsdirektor,

genau bewandert in allen Steuer- und sonstigen Büroangelegenheiten **sucht sich baldigst zu verändern,** am liebsten nach **Bydgoszcz** oder Umgebung. Offerten **Warszawa, ulica Chmielna 56. Dr. Behrens.**

Inspektor,

Berufslandwirt, 26 Jahre alt, im Polnischen firm, erfahren in allen Zweigen der Landwirtschaft, **sucht,** gestützt auf gute Zeugnisse und Empfehlungen des Chefs, von sofort oder zum 1. Juli d. Js. **Stellung** als **erster** oder **alleiniger Beamter** unter Leitung. Gefl. Zuschriften unter **C. 7120** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wirtschaftsassistent,

24 Jahre alt, Oberschl., 7 Jahre Praxis, mit guten Zeugnissen, **sucht Stellung als älterer Assistent oder jüng. Inspektor.** Bis jetzt über 2 Jahre in ungekünd. Stellung. Gefl. Angeb. unter **G. K. 7134** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Junge Verkäuferin,

z. Zt. in Bäckerei u. Konditorei tätig, der polnischen Sprache mächtig, sucht anderweitig **Stellung** vom 15. Mai od. später. Offerten unt. **E. 6984** an die Geschäftsstelle d. Blattes.